



INTERNATIONALE PARTEIENZUSAMMENARBEIT DER KAS

GLOBALES ENGAGEMENT FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE

3 | VORWORT

5 | EINLEITUNG

9 | AFRIKA

- *Kenia*
- *Südafrika*
- *Parteienförderung im Rahmen des „Windhoek Dialogue“*

17 | ASIEN

- *Kambodscha*
- *Philippinen*
- *Mongolei*
- *Parteienförderung im Rahmen des „Politikdialogs Südostasien“ (ICAPP)*

26 | EUROPA

- *Bosnien und Herzegowina*
- *Slowakische Republik*
- *Ukraine*

34 | LATEINAMERIKA

- *Chile*
- *Mexiko*
- *Peru*
- *Parteienförderung im Rahmen der lateinamerikanischen Christdemokratie (ODCA)*

43 | ANHANG

VORWORT

Seit mehr als 40 Jahren engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) weltweit für die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie, ihrer Werte und Verfahrensweisen ebenso wie in der Förderung rechtsstaatlicher Institutionen und der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Damit leistet die KAS auch einen wirksamen Beitrag zum Frieden in der Welt.

Die Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zählt zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der KAS. Für uns ist Demokratie auch immer Parteiendemokratie. Wir sind davon überzeugt, dass die Vertretung gesellschaftlicher Interessen, die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens und die Verankerung der Demokratie nur durch gut organisierte und programmatisch profilierte demokratische Parteien, Parteienvielfalt und fairen Parteienwettbewerb zu erreichen sind. Die Programme im Bereich der Parlaments- und Parteienförderung der KAS zielen auf die Stärkung demokratischer Parteien und das demokratieförderliche Verhalten von politischen Eliten. Mit den Maßnahmen der Parteienförderung versuchen wir, zur Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie, zur Einhaltung demokratischer Grundnormen und zur Entstehung leistungsfähiger demokratischer Parteien beizutragen.

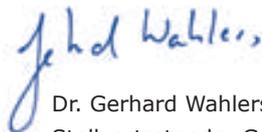
Im Mittelpunkt der Aktivitäten im Bereich der Parteienförderung der KAS stehen Programme zur Aus- und Weiterbildung von Parteimitgliedern und Mandatsinhabern, um ihnen – soweit erforderlich – Grundlagen der repräsentativen Demokratie, vor allem aber Kenntnisse und Erfahrungen des Parteaufbaus, der internen wie öffentlichen politischen Kommunikation, innerparteilicher Demokratie, der Programmentwicklung oder der demokratischen und transparenten Parteienfinanzierung zu vermitteln. Ein weiteres Instrument der Parteienzusammenarbeit und -förderung sind internationale und regionale Fachkonferenzen, auf denen Experten aus Wissenschaft und Praxis Grundlagen der parlamentarischen Demokratie, der Parteilarbeit oder der Parteiensysteme diskutieren. Schließlich arbeitet die KAS mit internationalen Parteienbündnissen, wie z. B. der Internationale der Christlich-Demokratischen Parteien (IDC), der Europäischen Volkspartei (EVP), der Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement (UPADD) oder der Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA), zusammen. Ziele dieser Kooperationen sind es unter anderem, mit den Mitgliedern und Partnern demokratische Grundprinzipien in den jeweiligen Regionen zu verankern und sich über „best practice“-Modelle demokratischer Regierungsführung auszutauschen.

Als politische Stiftung verfügt die KAS über wichtige komparative Vorteile gegenüber anderen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Das betrifft z. B. unsere langjährige Präsenz in den Projektländern, die zu hohem Ansehen und vertrauensvollen Beziehungen zu politischen Eliten und anderen Projektpartnern beigetragen haben. Im Unterschied zu Organisationen der technischen Entwicklungszusammenarbeit oder zu Institutionen, die grundsätzlich nur auf Mehrparteienförderung setzen, basiert die Arbeit der KAS auf Grundwerten, die sich aus unserem christlichen Menschenbild ergeben. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unverrückbare Grundwerte unserer gesamten Arbeit.

Die KAS verfügt darüber hinaus über gut entwickelte Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern, sei es in Deutschland, auf europäischer Ebene oder in den mehr als einhundert Projektländern. Insbesondere der politische Dialog und die Möglichkeit, auch informelle Kontakte zu Demokraten in Regierung und Opposition und deren Parteien zu knüpfen, gehören neben der lokalen Präsenz, Landeskenntnis sowie den wertorientierten Bildungs- und Beratungsmaßnahmen zu den Stärken der KAS. Wie auch die anderen deutschen politischen Stiftungen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung daher ein wirksames und bewährtes Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und wichtige Ergänzung der deutschen Außenpolitik.

Als weiterer komparativer Vorteil ist schließlich die Vielfalt der Förderinstrumente und -programme anzusehen. Die KAS betreibt nicht nur Parteienförderung, sondern ist bestrebt, einen Beitrag zum Aufbau und zur Konsolidierung der Demokratie, ihrer Institutionen und Verfahren in den Projektländern zu leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, greifen Rechtsstaats-, Medien- und politische Dialogprogramme, die auf die Bedürfnisse in den Projektländern zugeschnitten sind, ineinander.

Anhand ausgewählter Beispiele gibt diese Broschüre einen Überblick über die weltweiten Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienförderung. Für ihre engagierte Mitwirkung möchte ich allen Beteiligten ganz herzlich danken, vor allem unseren Partnern vor Ort, die ihre Erfahrungen mit unseren Beratungsleistungen zum Ausdruck gebracht haben. Ein besonderer Dank gebührt darüber hinaus Dr. Karsten Grabow und Christian Rieck für die redaktionelle Betreuung dieser Broschüre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung

EINLEITUNG

Die weltweite Förderung der freiheitlichen Demokratie als politisches Ordnungs- und Herrschaftsmodell, der dazugehörigen Verfahren und Institutionen ist Ziel der internationalen Arbeit der KAS. Befunde der international vergleichenden Politikwissenschaft sowie die jahrzehntelange Erfahrung der Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der deutschen politischen Stiftungen zeigen jedoch, dass die Demokratie kein Konzept ist, das sich von außen oder von oben verordnen lässt, sondern dass sie an soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ethische Vorbedingungen gebunden ist, die nicht in allen Weltregionen in gleicher Weise verbreitet sind. Politische Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieförderung erfordern daher Geduld, kulturelle und persönliche Sensibilität sowie regionales und spezifisches Fachwissen, um die Aktivitäten der politischen Entwicklungszusammenarbeit zielführend umzusetzen und ihnen die gewünschte Nachhaltigkeit zu verschaffen.

In nahezu allen der 70 Auslandsbüros der KAS werden Aktivitäten durchgeführt, die eine Stärkung demokratischer Parteistrukturen und -verfahren sowie die Herausbildung demokratischer Parteiensysteme zum Inhalt haben. Den Zielsetzungen der internationalen Arbeit der KAS entsprechend liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten in Ländern, die in der jüngeren Vergangenheit einen Übergang von nichtdemokratischer Herrschaft zur Demokratie erlebten (post-kommunistisches Mittelost- und Südosteuropa, z. T. Afrika) sowie in Ländern, in denen die Demokratie noch nicht vollständig als Herrschaftsform entwickelt ist (Teile Asiens und Afrikas). Aufgrund der seit Jahrzehnten bestehenden Kontakte zu Parteien in Lateinamerika spielt Parteienkooperation dort aufgrund der langjährig gewachsenen gemeinsamen Traditionen und geteilter Werte neben entwicklungspolitischen Gesichtspunkten auch aus außenpolitischer Sicht eine besondere Rolle, wengleich die Maßnahmen im Bereich der Parteienförderung auch organisatorische und programmatische Beratungsleistungen einschließen. Darüber hinaus pflegt die KAS einen strategischen Dialog mit einer Vielzahl von Parteien weltweit.



KAS-Seminar in Südafrika

WARUM PARTEIENFÖRDERUNG?

Politische Parteien und Demokratie sind für uns untrennbar miteinander verbunden. In normativer Hinsicht kommen auf demokratisch gesinnte Parteien in Transformationsgesellschaften Aufgaben zu, die sie auch in etablierten Demokratien ausüben sollen: Sie sind erstens Partizipations- und Artikulationskanäle, in denen Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer sozialen und politischen Umwelt mitwirken können, vorausgesetzt, grundlegende politische Freiheitsrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind konstitutionell verankert und auch verfassungspraktisch realisiert. Zweitens vermitteln Parteien Werte. Sie sind Orte der politischen Sozialisation und der gelebten Demokratie, zumindest dann, wenn innerparteiliche Entscheidungen nach demokratischen Grundsätzen getroffen werden. Drittens konkurrieren Parteien auf der Grundlage von Wahl- und Grundsatzprogrammen um die Unterstützung von Wählern. Sie bieten politische Alternativen an, von denen in Abhängigkeit ihres Wahlerfolgs zumindest ein Teil gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit erlangt, wenn ihre Lösungsvorschläge zu Gesetzen werden. Schließlich stellen Parteien in den meisten Fällen auch die politischen Kandidaten, die im Falle ihrer Wahl zentrale Positionen in Legislative, Exekutive und auch der öffentlichen Ver-



KAS-Experten aus vier Kontinenten auf einem Workshop zur internationalen Parteienförderung in Bukarest, v.l.n.r.: Klaus D. Lötzer, Ghana, Dr. Christina C. Krause, Bosnien-Herzegowina, Markus Rosenberger, ehemals Peru (seit August 2007 Berlin), Klaus Preschle, Philippinen.



Workshop zur politischen Kommunikation im KAS-Büro in Buenos-Aires.

waltung bekleiden. Parteien nehmen daher eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Zivilgesellschaft und den Institutionen eines demokratischen Staates wahr.

Die freiheitliche Demokratie ist ein anspruchsvolles Konzept politischer Herrschaft. Damit sie als unumkehrbar angesehen werden kann, reicht es nicht aus, eine demokratische Verfassung zu verabschieden und formal demokratische Institutionen zu errichten. Die Konsolidierung der Demokratie erfordert auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, dass die gesellschaftlichen Eliten in Übereinstimmung mit der Verfassung handeln, dass die Bevölkerung die demokratische Grundordnung akzeptiert, dass gesellschaftliche Interessen frei artikuliert werden können und dass unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft der allgemeine Lebensstandard zunimmt, kurz: das der formale Verfassungstext auch Verfassungswirklichkeit wird. In all diesen Bereichen der demokratischen Konsolidierung nehmen Parteien und ihre Repräsentanten eine zentrale Position ein, sei es als Vermittler oder als verantwortungsvoll handelnde politische Entscheidungs- und Führungsinstanz durch ihre Präsenz im Regierungsapparat, aber auch in der Opposition.

Es zählt zu unserem politischen Grundverständnis, dass die adäquate Vertretung gesellschaftlicher Interessen, eine aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am gesamtgesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozess sowie verantwortungsvolle politische Führung, d. h. solche, die dem Allgemeinwohl und nicht der Befriedigung individueller Interessen verpflichtet ist, nur durch Parteienpluralismus, freie und faire Wah-

len sowie demokratische Parteienkonkurrenz erreicht werden kann. Aus diesem Grund engagiert sich die KAS in der Förderung der Grundlagen demokratischer Herrschaft, d. h. auch in der Förderung demokratischer Parteien.

WAS IST PARTEIENFÖRDERUNG?

Ein entwicklungspolitisches Oberziel der internationalen Arbeit der KAS ist es, einen wirksamen Beitrag zum Aufbau und zur Konsolidierung der Demokratie in unseren Partner- und Projektländern zu leisten. Als kollektive Akteure der Interessenaggregation und -artikulation, der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung, Elitenrekrutierung und politischen Führung sind Parteien und ihre Repräsentanten grundsätzlich von besonderer Bedeutung für die politischen Bildungs- und Beratungsleistungen der KAS.

Parteienförderung ist vielschichtig. Im engeren Sinne meint Parteienförderung die gezielte organisatorische und programmatische Stärkung demokratischer Parteien durch Weiterbildungs- und Beratungsleistungen. Je nach Zahl und programmatischem Profil der Parteien und in Abhängigkeit von der Struktur eines Parteiensystems richtet sich die Förderung an eine oder mehrere Parteien, die die politischen Grundwerte der KAS teilen. In einem weiteren Verständnis meint Parteienförderung aber auch, dass die Maßnahmen auf das Umfeld politischer Parteien zielen. Dies geschieht vornehmlich in Ländern und Regionen, in denen demokratische Grundprinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung oder Medienfreiheit schwach entwickelt sind. Mehr als die Förderung einzelner Parteien steht hier die Entwicklung demokratischer Grundprinzipien sowie die Unterstützung zur Entstehung von pluralistischen Parteiensystemen im



Kolloquium der KAS zum Stand der politischen Parteien in Marokko.

Vordergrund. Zur Erreichung dieser Ziele dienen auch die Rechtsstaats-, Medien- und politischen Dialogprogramme der KAS. Parteienförderung ist von den anderen Programmen also niemals isoliert zu betrachten. Nur dort, wo die politischen Rahmenbedingungen soweit gereift sind, dass überhaupt demokratische Parteien existieren, können sie gezielt gefördert werden.

Die KAS ist eine politische Stiftung. Sie vermittelt politische Werte, um auf dieser Basis zur Entwicklung der rechtsstaatlichen Demokratie beizutragen. Zur Zusammenarbeit und erst recht für eine Förderung durch die KAS kommen daher nur Parteien in Frage, die unsere politischen Grundwerte teilen. Parteienförderung meint allerdings nicht, dass wir versuchen, ein spezielles Parteimodell zu exportieren. Bei den parteibezogenen Maßnahmen geht es darum, durch einen anhaltenden politischen Dialog, durch Beratung und politische Bildungsarbeit zur Herausbildung demokratischer Parteien und demokratischer Parteiensysteme beizutragen. In einigen Ländern und Regionen ist dies gelungen, wie die Beispiele in dieser Broschüre zeigen. Die enge Einbindung unserer Partnerorganisationen in internationale Parteienbündnisse wie die Europäische Volkspartei (EVP) oder die Organisation Christlich-Demokratischer Parteien in Amerika (ODCA) macht den Prozess der demokratischen Konsolidierung in unseren Partnerländern und -organisationen unumkehrbar. Angesichts der zu beobachtenden Schwäche von Parteien und den bestehenden Defiziten demokratischer Parteiensysteme in vielen anderen Ländern und Regionen ist die nachhaltige, wertorientierte Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS allerdings nach wie vor von größter Wichtigkeit.

Gesetzliche Grundlagen der Parteienförderung durch die deutschen politischen Stiftungen

Ein gesetzliches Verbot der Zusammenarbeit mit bzw. der Förderung von politischen Parteien besteht in der deutschen Rechtsordnung nicht. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist als gemeinnütziger Verein verfasst, dessen Tätigkeit, wie die der anderen politischen Stiftungen auch, seine verfassungsrechtliche Grundlage in Art. 5, in Art. 9 Abs. 1 und in Art. 12 Abs. 1 GG hat. Bei der Gestaltung ihrer Maßnahmen verfügen die politischen Stiftungen über Handlungsspielräume, die jedoch im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeiten stehen müssen.

Die Bundeshaushaltsordnung, die „Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Gesellschafts- und Strukturpolitik“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit sowie die Gesetze der Partnerländer legen strenge Maßstäbe an die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen und verbieten eine direkte Unterstützung politischer Parteien im Ausland, z. B. in Form von allgemeiner Finanzhilfe, Wahlkampffinanzierung oder dem Aufruf zur Wahl einer bestimmten Partei. Alle Projektmaßnahmen der KAS werden jährlich der Öffentlichkeit in den Jahresberichten zugänglich gemacht und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit sowie vom Deutschen Bundestag geprüft.

DIE WELTWEITE PARTEIENZUSAMMENARBEIT DER KAS

**„DIE POLITISCHEN BILDUNGSPROGRAMME
DER KAS ZIELEN AUF DIE VERMITTLUNG
VON WERTEN, OHNE DIE DEMOKRATIE NICHT
EXISTIEREN KANN.“**

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

AFRIKA

KENIA

Parteienzusammenarbeit hat in Kenia noch eine relativ junge Geschichte, was vor allem mit der historischen Entwicklung dieses Landes zu erklären ist. Bis Ende 1991 war Kenia – wie die meisten Staaten Afrikas – ein Einparteiensstaat, in dem oppositionelle Parteien per Verfassung verboten waren. Erst zu Beginn der 1990er Jahre wehte „neuer Wind“ durch Afrika. Auf politischen Druck, der aus der Zivilgesellschaft, mehr aber noch von der internationalen Gebergemeinschaft kam, wurde auch in Kenia wieder ein Mehrparteiensystem zugelassen. Ab Februar 1992 kam es zur Entstehung neuer politischer Parteien außerhalb der bisherigen Staatspartei *Kenya African National Union* (KANU).

Die dominierende Oppositionspartei war das von Oginga Odinga gegründete *Forum for the Restoration of Democracy* (FORD), eine zur Partei gereifte politische Oppositionsbewegung. Parteiinterne Streitigkeiten, vor allem zwischen Odinga und Kenneth Matiba führten zu einer Spaltung und so entstanden im Oktober 1992 zwei Parteien: FORD-Kenya für die Odinga-Fraktion und FORD-Asili (das „Original“) für die Fraktion unter Kenneth Matiba. Noch vor der Spaltung von FORD entstand bereits eine dritte politische Kraft als Oppositionspartei. Der ehemalige Vizepräsident, Mwai Kibaki, baute als Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat die *Democratic Party* (DP) auf.

DIE ARBEIT DER KAS MIT POLITISCHEN PARTEIEN IN KENIA

Bis 1992 orientierte sich die Projektarbeit in Kenia nur in Ansätzen an *politischen* Partnern. Parteien existierten nicht, politische Organisationen der Zivilgesellschaft waren entweder regierungsnah oder arbeiteten im Untergrund. Im Vordergrund der Arbeit stand vor allem Strukturhilfe.

Mit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems eröffneten sich für die Arbeit der politischen Stiftungen in Kenia neue Perspektiven. Die KAS sondierte zunächst das Feld. Ab 1994 begann sie damit, verstärkt politische Entscheidungsträger einzubeziehen. Als Ziel wurde dabei noch nicht in erster Linie die bessere Institutionalisierung von Parteien angestrebt. Parteipolitische Programmatik, landespolitische Brennpunkte und die Auseinandersetzung mit der Moi-Administration waren die wichtigsten Inhalte.

Bereits in dieser Zeit entwickelte sich die Verfassungsfrage in Kenia zu einem zentralen politischen Anliegen und sie war Gegenstand einer breiten politischen Bewusstseinsbildung, an dem die KAS erheblichen Anteil hatte.

Erst im Laufe des Jahres 1995 kam es zu einer direkten Zusammenarbeit mit einer Partei. Die *Democratic Party of Kenya* schien aufgrund ihres Programms, das sie als konservative Partei auswies, am ehesten für eine Zusammenarbeit geeignet zu sein. Da ihre Positionen zudem am marktwirtschaftlichen Wachstum orientiert waren, wurden erste Kontakte mit dieser Partei gesucht. Die Wahlen 1997 bestätigten zwar Daniel arap Moi (KANU) im Amt des Präsidenten, aber Mwai Kibaki von der DP erreichte gut 30 Prozent der Stimmen und wurde zum Führer der Opposition ernannt.

DER MACHTWECHSEL 2002 UND ROLLE DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Wahl von 2002 kann als Meilenstein in der politischen Geschichte Kenias angesehen werden. Sie brachte den Machtwechsel und damit das Ende der Moi-Ära und der 40-jährigen Herrschaft von KANU. Das erst im Oktober 2002, wenige Wochen vor den Wahlen, neu geformte Parteienbündnis *National Alliance of the Rainbow Coalition* (NARC) errang mit 60 Prozent der Sitze doppelt so viele wie die nun oppositionelle KANU – für Kenia war eine neue politische Ära angebrochen.

Vorangegangen war eine dramatische Entwicklung, die im Oktober 2002 schließlich zur Bildung von NARC und damit zur Voraussetzung des Wahlsieges der Opposition geführt hatte. In einer ersten Stufe war es nach langen Verhandlungen im Februar 2002 gelungen, den größten Teil der Oppositionsparteien zur Gründung einer Koalitionspartei zu bewegen: Der *National Alliance of Kenya* (NAK). Unter den Parteien, die NAK auf den Weg brachten, war die *Democratic Party* führend – neben FORD-K und der *National Democratic Party of Kenya*. Erst im Oktober 2002 scherte Raila Odinga mit seiner *Liberal Democratic Party* aus der Regierung mit Präsident Moi aus und brachte eine Reihe so genannter „KANU-Rebellen“ mit. So entstand NARC: Die *National Alliance of Rainbow-Coalition*.

Die Rolle, die die politischen Stiftungen beim Zustandekommen dieser Koalition spielten, ist nicht zu unterschätzen. Gerade die guten Kontakte zu den Parteien, die schließlich NARC formten, halfen, Brücken zu bauen und Missverständnisse zu vermeiden, vor allem aber eine gemeinsame Vision zu entwickeln.

Diese Kontakte hatte die Stiftung schon früh gesucht. Die KAS hatte in den Jahren ab 1996 in ihrem neuen Programm „Demokratie- und Rechtsstaatsförderung“ vor allem die *Democratic Party* und die ihr nahe stehende *Democratic Foundation* in ihrer Arbeit, der Findung von politischen Zielen, die dem Land dienen, und der Ausarbeitung von demokratischen Grundregeln zur Seite gestanden.

ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die Koalition aus 15 verschiedenen Parteien, die hinter NARC stehen, hielt jedoch nicht lange. Spätestens im Vorfeld eines Referendums über eine neue Verfassung für Kenia zeigten sich unüberbrückbare Gegensätze. Nachdem die Wähler im November 2005 den Entwurf deutlich abgelehnt hatten, kam es zum offenen Bruch und Kibaki stellte eine neue Regierung zusammen, in der kein Gegner des Verfassungsentwurfs mehr zu finden war. NARC war als Partei zumindest geschwächt worden.

Für die KAS entstand dadurch ebenfalls eine neue Situation. Zwar steht sie weiterhin im kritischen Dialog zu der als Nachfolgepartei gedachten Neugründung NARC-Kenya, doch zeigt sich zunehmend, dass es mehr auf Beratung in Grundanliegen politischer Parteien und der Unterstützung eines fairen politischen Wettbewerbs bereits vor den Wahlen ankommt. Deshalb halten wir auch Kontakt zu anderen Parteien, die sich zumindest an die Grundregeln demokratischer Institutionen halten. Hinsichtlich der Wahlen Ende 2007 hat sich als wichtigstes Anliegen herausgestellt, junge, motivierte – und vor allem weibliche – Kandidaten durch Beratung und Schulung zu fördern.

Probleme wie mangelnde Institutionalisierung und fehlende Profilierung politischer Parteien in Afrika sind Aufgabenfelder, die noch längere Zeit eine Herausforderung gerade für die politischen Stiftungen darstellen. Die Situation wird in Kenia derzeit durch die unklare rechtliche Stellung von Parteien verschärft und trägt zu deren Instabilität bei.

Für die Stiftungen im Allgemeinen ist das Aufgabenfeld durch diese Entwicklung eher gewachsen. Die Parteien müssen in ihren Bemühungen um Institutionalisierung unterstützt werden. Ohne demokratische Institutionen scheint es in Afrika nicht die notwendigen Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum zu geben. Dazu gehört allerdings auch, dass innerhalb der politischen Parteien zumindest eine innovative Strömung gibt, der diese Bedeutung bewusst ist und dass Reformen auch von der Führungsebene der Parteien gewollt werden.

AUSBLICK

Für die weitere Zusammenarbeit wird es zunächst darauf ankommen, wie die nächsten Wahlen ausgehen. Für viele steht Präsident Kibaki schon für ein zweites Mandat fest. Aber noch ist offen, für welche Partei er antreten wird. Es zeigt sich, dass es vor den Wahlen darauf ankommt, entsprechende Allianzen zu bilden. Die KAS kann dabei wieder wie 2002 eine wichtige Rolle spielen, doch muss dies auf der Grundlage von gemeinsamen Werten geschehen, die das geistige Fundament unserer Arbeit sind: Offener und fairer politischer Wettbewerb, funktionierende föderale Strukturen und gelebte Rechtsstaatlichkeit sollten die Maßstäbe sein. NARC-Kenya bekennt sich, neben der Einheit der Nation, in ihrer Programmatik dazu. Sie könnte sich dadurch dafür qualifizieren, ein geeigneter Nachfolger unseres früheren Partners, der DP, zu werden.

SÜDAFRIKA

Bei der länderspezifischen Ausgestaltung der strategischen Zusammenarbeit mit politischen Parteien hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die gegebenen Rahmenbedingungen und den Zustand des Parteiensystems im jeweiligen Projektland zu berücksichtigen. Besonders in jungen Demokratien, die repressiven politischen Systemen nachfolgten, sind Parteistrukturen allenfalls defizitär ausgebildet. Unzureichende innerparteiliche Demokratie und wenig entwickelte programmatische Orientierung sind meist die unausweichliche Folge.

In Südafrika weist das Parteiensystem nach einem 13 Jahre andauernden friedlichen Transformationsprozess eine deutliche Schiefelage auf, die durch eine ausgeprägte Einparteiendominanz mit einer schwachen und fragmentierten Opposition geprägt ist. Der ANC verfügt seit den Wahlen von 2004 über eine Zweidrittelmehrheit im nationalen Parlament und regiert alle neun Provinzen sowie – mit Ausnahme von Kapstadt – die wichtigen Metropolen. Eine entsprechende Besetzung der Führungspositionen der para-staatlichen Einrichtungen begünstigt neben historischen Einflüssen einen Wählertrend zu einer Bewegung, in der ANC, der Gewerkschaftsverband COSATU und die kommunistische SACP als *tripartide alliance* zusammengeschlossen sind.

Aufgrund eigener Schwächen und wenig vorteilhafter politischer Rahmenbedingungen, wie dem proportionalen Wahlrecht mit geschlossenen Parteilisten und unzureichender Regelung der Parteienfinanzierung, nahm der Wähleranteil der Opposition kontinuierlich auf etwa 30 Prozent ab. Zusätzlich ist das Oppositionslager in Südafrika zersplittert. Die stärkste Partei – und damit offizielle Opposition –, die *Democratic Alliance* (DA), hat mit knapp 12,4 Prozent der Wählerstimmen 50 Abgeordnete im 400 Sitze zählenden Parlament, gefolgt von der *Inkatha Freedom Party* (IFP), die mit knapp 7 Prozent 28 Sitze hält. Die verbleibenden 43 Sitze teilen sich sieben weitere Parteien, von denen lediglich das *United Democratic Movement* (UDM, 2,28 Prozent), die *Independent Democrats* (ID, 1,73 Prozent) und die *African Christian Democratic Party* (ACDP, 1,6 Prozent) eine relative Bedeutung haben.

DIE ARBEIT DER KAS

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begann ihre Arbeit in Südafrika im April 1982. Eine wichtige Entscheidung war damit getroffen: Parteienförderung und die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaftsorganisationen (CSO), die für die Überwindung des Apartheidregimes eintraten, sollten trotz der restriktiven Umfeldbedin-



Der Vorsitzende der Inkatha Freedom Party, Prinz Mangosuthu Buthelezi, MP, mit dem Vorsitzenden der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, und dem stellv. Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers (re.) in Johannesburg.

gungen mit Bewegungen im Land stattfinden. Dies führte zu einer Zusammenarbeit mit der *Inkatha Freedom Party*, die 1990 aus der von Dr. Mangosuthu Buthelezi gegründeten Inkatha Befreiungsbewegung hervorging. Bis zum politischen Wechsel begleitete die KAS diese Bewegung/Partei bei der schwierigen Gratwanderung, unter Bedingungen der Apartheid für Freiheitsrechte und Demokratie einzutreten. Parteistrukturen konnten in dieser Phase jedoch kaum entstehen, was noch heute die Wählermobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit einschränkt.

Die Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit IFP war jedoch vor allem inhaltlich und programmatisch begründet. IFP teilt die christlich-humanistischen Grundwerte der Stiftung. Das Programm von IFP für ein demokratisches Südafrika orientierte sich an einer liberalen Verfassung, Rechtsstaatlichkeit, politischem Pluralismus, insbesondere einem Mehrparteiensystem, einem föderalen Staatsaufbau mit weitgehenden Autonomien für die einzelnen Ethnien und starken Kommunen, einem sozialen marktorientierten Wirtschaftssystem sowie dem Erhalt der Schöpfung als Lebensgrundlage für künftige Generationen. Mit diesen programmatischen Eckpunkten beteiligte sich IFP nach der politischen Öffnung am CODESA-Prozess (*Convention for a Democratic South Africa*), an dessen Ende der Vorschlag für eine der liberalsten Verfassungen der Welt stand.

In dieser Phase stand die inhaltliche Beratung im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Delegationen, zusammengesetzt aus Vertretern unterschiedlicher Parteien aus Südafrika wurden zum Verfassungsgericht nach Karlsruhe, zu Regierungsstellen in Bonn oder zum Bundestag und Bundesrat eingeladen, während Experten aus Deutschland spezifische Beratung vor Ort

leisteten. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass vor allem hinsichtlich der Frage zentralistischer Einheitsstaat oder föderaler Verfassungsstaat sehr gegensätzliche Auffassungen vor allem zwischen dem ANC und den meisten übrigen Parteien bestanden. Als entscheidender Verfechter eines föderalen Staatsaufbaus argumentierte IFP insbesondere mit der Anerkennung der ethnischen Vielfalt, der Respektierung historisch-kultureller Traditionen, der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und der Notwendigkeit einer Machtbalance in dem Flächenstaat Südafrika. Die heutige Verfassung ist wesentlich von diesen Zielvorstellungen geprägt.

Im weiteren Konsolidierungsprozess der Demokratie in Südafrika weitete die KAS ihre Zusammenarbeit im Parteiensektor aus. Dabei rückten angesichts der Dominanz der Regierungspartei Grundsatzfragen des politischen Systems zunehmend in den Fokus, insbesondere politischer Pluralismus und Mehrparteiendemokratie und die Stärkung partizipativer Strukturen auf lokaler Ebene. Wichtig ist dabei anzumerken, dass die Parteiarbeit der KAS in Südafrika angesichts des bestehenden Parteiensystems nicht ausschließlich Oppositionsparteien fördert, sondern in den politischen Dialog auch der ANC einbezogen ist.

Aus den Defiziten des Parteiensystems und dem Reformbedarf bei den Rahmenbedingungen ergeben sich die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der KAS im Bereich der Parteizusammenarbeit. Das strategische Konzept im Länderprogramm hat zwei Ebenen:

- politische Bildungsarbeit mit Schwerpunkt auf der kommunalen Ebene und
- themenorientierter politischer Dialog über politische Beratung, Foren, Symposien, Konferenzen, Workshops, Publikationen, etc.

Für die Umsetzung des Bildungsprogramms wurde im Jahr 1993 das *Democratic Development Programme* (DDP) mit Sitz in Durban gegründet. Ohne die historische Verbindung mit IFP, mit der programmatisch weiterhin eine besondere Affinität besteht, aufzugeben, wurde das DDP-Programm offen für alle Parteien gestaltet. Kernzielgruppe sind jedoch politische Führungspersonalitäten und vor allem jüngere Führungskräfte der demokratischen Opposition auf lokaler, Distrikt- und Provinzebene.

Darüber hinaus gehend sind DDP-Maßnahmen so konzipiert, dass bei den politischen Führungskräften der Oppositionsparteien Verständnis für Kooperation durch gemeinsame Wahlplattformen mit dem Ziel von Allianzen- oder Koalitionsbildung geschaffen wird.

Leitende Zielsetzung des DDP ist die Herausbildung eines im pluralistischen Sinne ausgewogenen Mehrparteiensystems. Dazu werden die langfristig ausgerichteten Bildungs- und Trainingsprogramme entscheidenden Zielgruppen angeboten, denn besonders im täglichen Miteinander zwischen Staat und Bürgern ist *capacity building* von besonderer Bedeutung. Einbezogen darin sind Mitglieder der *ward committees*, von Parteien und Zivilgesellschaftsorganisationen, Gemeinderäte und Bürgermeister oder Zielgruppen wie Frauen und jüngere engagierte Führungspersonalitäten. Erweitert wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen, indem die Provinz- und die nationale Ebene in Dialogprogramme eingebunden werden, um die Verantwortung tragenden Politiker der drei politischen Ebenen zu Lösungsansätzen zu verpflichten.

An dieser Nahtstelle findet die Verknüpfung mit dem politischen Dialogprogramm statt, das sich an politische Führungskräfte auf nationaler, Provinz- und kommunaler Ebene richtet. Zielsetzung ist es, das Parteiensystem und damit die Demokratie in Südafrika zu stärken. Konkret: die Herausbildung eines Mehrparteiensystems mit einer stabilen Regierung und gefestigten Oppositionsparteien, die ihrer parlamentarischen Aufgabe gerecht werden können. Der Zugang zum politischen Dialog wird über die Auswahl von Themen erreicht, die die politische Agenda aktuell bestimmen, gleichzeitig jedoch wesentlich für die Weiterentwicklung und die Stärkung der Parteiendemokratie in Südafrika sind. Es besteht dabei die Absicht, die Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition zu erweitern, was jedoch die Einbeziehung der Regierungspartei angesichts der gegebenen Mehrheitsverhältnisse notwendig macht. Dazu werden Plattformen gebildet, die Gelegenheit bieten, unterschiedliche Konzepte – etwa zum Wahlrecht, der Parteienfinanzierung, der Stärkung des Parlaments, der Gewaltenteilung und zum Problem des nicht selten stattfindenden Parteienwechsels von Abgeordneten unter Mitnahme des Mandats (*floor crossing*) – zu diskutieren. Die Ausarbeitung von Studien und Analysen, die meist mit dem Ziel einer weiteren Verbreitung publiziert werden, bilden die inhaltliche Grundlage. Ein Bedarf hierzu besteht insbesondere für die Oppositionsparteien, die sonst nicht über die personellen und institutionellen Ressourcen verfügen, wie das auf Regierungsseite der Fall ist.

Spezifische Workshops für ausgewählte politische Nachwuchskräfte sind ein weiterer Beitrag zur Parteienförderung. Zielsetzung dieser Maßnahmen ist es, qualifizierte Führungskräfte der „demokratischen Generation“ Südafrikas heranzubilden. Falls es im ANC nicht von innen heraus zu einer Ausdifferenzierung kommt, wird dieser Generation von Politikern die Aufgabe zufallen, politischen Pluralismus mit wertorientierten Programmparteien zu gestalten.



Die Partnerschaft mit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit mehr als zwei Jahrzehnten arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung partnerschaftlich mit der Inkatha Freedom Party zusammen. Die KAS hat einen wichtigen Beitrag zum demokratischen Wandel in Südafrika geleistet und uns dabei geholfen, unseren Platz im Umfeld der Weltpolitik zu finden. Für all das und noch viel mehr sind wir dankbar.

Obwohl die Grundeinstellungen der christlichen Demokratie nicht ohne weiteres auf Südafrika übertragen werden können, gelang es der KAS, die Grundwerte der christlichen Demokratie überzeugend in unseren politischen Diskurs einfließen zu lassen. Dies ist keine geringe Leistung.

Zwar konnte sich eine bürgerliche Mitte noch nicht die politische Macht in Südafrika sichern, aber die IFP war doch in der Lage, die nationale Debatte insbesondere über die Wirtschaftspolitik der Regierung zu beeinflussen. Wir haben auch die Themen Föderalismus und Pluralismus ins Zentrum der Debatte gestellt, wobei wir besonders im Bereich der öffentlichen Ordnung für einen dezentralisierten Ansatz eintreten. Gerade in diesem Bereich sieht meiner Meinung nach die Bevölkerung eine dezentralisierte Entscheidungsfindung immer mehr aus dem praktischen und weniger aus dem theoretischen Blickwinkel.

In der öffentlichen Politik nehmen wir Positionen ein, die denen der christlichen Demokratie in Deutschland ähneln oder gleichen; dies gilt besonders für die Familienpolitik und die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft.

Meiner Ansicht nach fehlt es allgemein an Verständnis dafür, dass zwischen der jeweils regierenden Partei und dem Staat ein Unterschied besteht. Die Angehörigen der Regierung streichen oft ihre Partei besonders heraus und deuten damit an, dass es nicht der Staat, sondern die regierende Partei ist, die den Menschen Dienst- und Versorgungsleistungen bietet. Die christliche Demokratie unterscheidet klar zwischen den Rollen der Regierung, des Staates, der Gesellschaft und des Einzelnen, eine Unterscheidung, die hierbei von besonderer Bedeutung ist.

In Südafrika gibt es gegenwärtig keine Partei, die mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vergleichbar wäre und der IFP ideologisch nahe steht. Eine wahre Demokratie bedarf einer Alternative zur regierenden Partei, die ebenfalls eine reale Chance haben muss die Macht zu übernehmen. Deshalb könnte nur die IFP als die größte, mehrheitlich schwarze, Oppositionspartei der Nation den Kern einer zukünftigen Mitte-Rechts-Regierung mit christlich-demokratischen Grundsätzen bilden. Damit bietet sich der KAS meiner Meinung nach eine günstige Gelegenheit, eine in diese Richtung führende Entwicklung zu beeinflussen.

Es ist bekannt, dass die westlichen Demokratien zu ihrem eigenen Besten wesentlich flexibler auf Stimmungsschwankungen in der Öffentlichkeit reagieren als Demokratien in Afrika. Die meisten afrikanischen Führer tendieren dazu, etwaige Wandlungen zu ignorieren, und deswegen sind es die amtierenden Regierungen, die den Rahmen für die politische Entwicklung festlegen. Wenn unsere Demokratie nicht verderben soll, müssen unsere Oppositionsparteien lernen, wie man eine politische Debatte führt anstatt nur passiv zuzuschauen. Wir müssen jeden Stimmungswandel in der Öffentlichkeit aufnehmen und in politische Aktionen ummünzen. Dabei spielt die KAS die Rolle eines unentbehrlichen Helfers, der Oppositionsparteien wie der IFP bei der Gestaltung und Führung der politischen Debatte zur Seite steht.

Ich kann mich kaum an ein Beispiel dafür erinnern, dass es einer Oppositionspartei nach 1994 gelungen wäre, die Fantasie der Öffentlichkeit mit einer einzigartigen Idee oder – wie es in der Marketing-Sprache heißt – einem Alleinstellungsmerkmal zu beschäftigen. In diesem Bereich könnte die KAS meines Erachtens einen bedeutenden Beitrag leisten. Die Gestaltung der politischen Teilhabe wird allmählich so wichtig wie die Idee, die vorgestellt werden soll.

Mit diesen Gedanken möchte ich der Konrad-Adenauer-Stiftung meine Anerkennung für ihre außerordentlich wichtige Arbeit aussprechen. Diese angesehene Organisation und ihre engagierten Mitarbeiter können den Anspruch erheben, bei der qualitativen Verbesserung der demokratischen Entwicklung in Südafrika eine große Rolle zu spielen. Ich bin sicher, dass die KAS ihre Arbeit noch viele Jahre fortführen wird, denn das neue Südafrika tritt in seine schwierigste Lebensphase ein – es wird erwachsen.

*Prinz Mangosuthu Buthelezi MP
Vorsitzender der Inkatha Freedom Party*

PARTEIENFÖRDERUNG IM RAHMEN DES „WINDHOEK DIALOGUE“

Ein Schwerpunkt im Bereich der Parteienzusammenarbeit der KAS liegt in der Förderung von regionalen Parteinetzwerken. Die EVP-ED-Fraktionsführung im Europaparlament hat auf Initiative von EVP-Präsident Wilfried Martens und dem ehemaligen KAS-Vorsitzenden Prof. Günter Rinsche vor gut einem Jahrzehnt entschieden, das Profil der EVP-ED-Fraktion in Afrika zu stärken und den Dialog mit afrikanischen Politikern und Parteien zu intensivieren, mit denen man gemeinsame Werte und Überzeugungen teilt. Das erste Treffen, an dem Vertreter von fünf afrikanischen Parteien teilnahmen (Kenia: *Forum for the Restoration of Democracy*; Namibia: DTA; Südafrika: NP + IFP; Tansania: CCM, Uganda: DP), fand 1996 in Windhoek, Namibia, statt, weshalb diese Maßnahmen seither unter dem Namen „Windhoek Dialogue“ (WD) firmieren. Die KAS hat dieses Treffen mit vorbereitet. Bei diesem ersten Treffen wurden gemeinsame Werte formuliert, die bis heute als verbindliche Grundlagen dienen:

- Respekt vor Menschenwürde, Menschenrechten und Freiheit;
- Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit;
- freie und faire Wahlen, Mehrparteiendemokratie und „gute Regierungsführung“;
- Subsidiarität, lokale und regionale Selbstverwaltung;
- Solidarität und Verantwortung;
- Soziale Marktwirtschaft.

Die Idee des „Windhoek Dialogue“ war und ist, zum einen eine Plattform für die EVP-ED-Fraktion und ihre afrikanischen Partner zu etablieren, zum anderen ein Netzwerk afrikanischer Parteien zu fördern.

Das zweite Treffen des WD fand im September 1996 in Brüssel, das dritte im Juli 1997 in Luxemburg statt, was verdeutlicht, dass es sich um eine Euro-Afrika-Initiative handelt. Beim vierten und entscheidenden WD haben sich 1998 in Windhoek Vertreter von 19 Parteien aus 18 afrikanischen Ländern auf gemeinsame Prinzipien verständigt, eine Satzung verabschiedet und die *Union of African Parties for Democracy and Development* (UAPDD) gegründet, wobei sich als Abkürzung mittlerweile die französische Abkürzung UPADD (*Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement*) herauskristallisiert hat.



UPADD-Präsident Isaias Samakuva aus Angola auf der Pressekonferenz zur NEPAD-Resolution in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2007.

Inzwischen fanden elf WDs und zahlreiche UPADD-Treffen statt. Ein UPADD-Treffen findet in der Regel ohne Europaparlamentarier statt, bei einem WD kommt es zur Begegnung von Parteivorsitzenden aus Afrika und der EU. Das vorerst letzte Treffen war im Vorfeld des G8-Gipfels von Heiligendamm in Berlin.

Weitere Chronologie der WDs:

5. WD im November 2002 in Brüssel
6. WD Oktober 2003 in Windhoek
7. WD im April 2004 in Brüssel
8. WD im April 2005 in Bamako
9. WD im April 2006 in Windhoek
10. WD im Februar 2007 in Kampala
11. WD im Mai 2007 in Berlin

Derzeit vereinigt UAPDD 25 politische Parteien aus 24 afrikanischen Ländern. Laut Satzung hat UPADD ein Rotationssystem, wonach die Föderale Präsidentschaft nach ca. zwei Jahren auf einen anderen Regionalpräsidenten übergeht.

Obwohl die Initiative zur Gründung des WD und von UPADD von der EVP-ED-Fraktion und von einigen sehr engagierten Europaabgeordneten ausging, war die Konrad-Adenauer-Stiftung von Anfang an maßgeblich an allen Veranstaltungen beteiligt. Konkret bedeutet dies in der Regel, dass die EVP-ED-Fraktion über die Robert Schuman Stiftung Mittel für Maßnahmen von UPADD zur Verfügung stellt und damit die Reisekosten der afrikanischen UPADD-Delegierten finanziert. Die Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt die lokalen Kosten für die WD und die UPADD-Maßnahmen aus den jeweiligen Länderprogrammen.

Parteienförderung ist ein zentrales Mandat einer politischen Stiftung wie der KAS. Die politischen Stiftungen waren vor 40 Jahren Pioniere in diesem Bereich. Die KAS hat – auch in Afrika – über viele Jahre hinweg wichtige Erfahrungen gesammelt. Wir bilden in vielen Ländern gerade junge Politiker aus und weiter und entwickeln Handbücher zu den Grundlagen von Parlamentsarbeit und Parteaufbau. Allerdings ist Parteiförderung in Afrika kein einfaches Geschäft. Dies liegt an strukturellen Problemen, mangelnden Ressourcen und z. T. an den Akteuren selbst. Da sich die KAS die Förderung von politischen Parteien in Afrika zur zentralen Aufgabe macht, ist die noch intensivere Förderung des Netzwerkes dieser Parteien, also UPADD und WD, notwendig. Das beharrliche Engagement der EVP-ED-Fraktion und einzelner MdEP sowie der beteiligten Stiftungen sind dafür gute Voraussetzungen.



Die Ministerpräsidenten von Niger, Hama Amadou (re.), und Togo, Yawovi Agbovibo, auf dem WD-Treffen in der Akademie der KAS.

NEPAD UND DIE ZUSAMMENARBEIT MIT G8

ERKLÄRUNG VON BERLIN VOM 7. MAI 2007

Wir, die Mitglieder des Windhoek-Dialogs;

die Mitglieder der Union der Afrikanischen Parteien für Entwicklung und Demokratie (UPADD), die von Millionen von Afrikanern dazu beauftragt wurde, sie und ihre politischen Meinungen zu vertreten, und die Mitglieder der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, im Glauben an die

folgenden Werte

- Respekt der Menschenwürde, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten,
- Gewaltenteilung,
- Mehrparteien-Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit regelmäßigen freien und gerechten Wahlen,
- politisches System auf der Grundlage der Subsidiarität und der lokalen wie regionalen Autonomie,
- Solidarität und Verantwortlichkeit,
- Marktwirtschaft unter Berücksichtigung von Sozial- und Umweltaspekten,

und

Prinzipien

- im Bewusstsein des Potenzials und der Reichtümer Afrikas auf ökonomischer, ökologischer, politischer und kultureller Ebene,
- in Anerkennung der Tatsache, dass die Armut des Kontinents auf die mangelnde Fähigkeit afrikanischer Staaten zurückzuführen ist, ihre Wirtschaft in ausreichendem Maße in den internationalen Handel zu integrieren, sowie auf schlechte Regierungsführung, die vor allem von Korruption gekennzeichnet ist und die Führung vieler afrikanischer Länder seit Erreichen ihrer Unabhängigkeit stark beeinträchtigt,
- in der Überzeugung, dass politische und wirtschaftliche Reformen notwendig sind, damit Afrika sich auf politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene im Kontext der Globalisierung weiter entwickeln kann,
- in Anerkennung der Tatsache, dass die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) aus einer regionalen Dynamik heraus entstanden ist mit dem Resultat, dass die Afrikanische Union die NEPAD aus der Taufe hob und dass dieses Entwicklungsprogramm in enger Zusammenarbeit mit den Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (CER) umgesetzt wird, die die Aufgabe haben, Integration und Entwicklung zu fördern,

- in der Erwägung, dass die NEPAD und der African Peer Review Mechanism (APRM) sich an einer konstruktiven Vision der zukünftigen Entwicklung Afrikas aktiv beteiligen, indem sie die politische und wirtschaftliche Richtung vorgeben,
 - in Anerkennung des Prinzips der NEPAD, demzufolge Frieden, Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die unerlässlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung sind,
 - in dem Bewusstsein, dass die NEPAD einem Großteil der afrikanischen Bürger nicht bekannt ist und dass ihre Wahrnehmung durch die Lokalbevölkerungen somit begrenzt ist,
 - in dem Bedauern, dass die parlamentarischen Institutionen mit dem Wirken der NEPAD unzureichend vertraut sind;
 - unter Feststellung der Tatsache, dass inzwischen erkannt wurde, dass der mangelnde Zusammenhalt innerhalb der administrativen Strukturen der AU und der NEPAD die Implementierung der Programme behindert, die von letzterer erarbeitet wurden,
 - unter Feststellung der Tatsache, dass die Kapazitäten zur Ausarbeitung von Aktionsprogrammen, die dazu geeignet sind, das politische Engagement der afrikanischen Staaten zu stärken und die Mobilisierung der erforderlichen Finanzmittel seitens der G8 zu fördern, nicht ausreichen,
6. da der APRM zum Ziel hat, Demokratie, gute Regierungsführung sowie öffentliche Verantwortung zu verbessern und zugleich die Eigenkapazitäten der afrikanischen Institutionen kontinuierlich zu stärken, wäre es wünschenswert, sicher zu stellen, dass er in regelmäßigen Abständen durchgeführt und mit klar definierten Durchführungsmechanismen ausgestattet wird;
7. das finanzielle und politische Engagement der afrikanischen Staaten und der G8-Staaten muss verstärkt werden, um die im Rahmen der NEPAD notwendigen Reformen durchzuführen und eine echte Reformpartnerschaft zwischen Afrika und der G8 voranzutreiben;
8. die Entwicklung einer sozialen Marktwirtschaft in Afrika, die dazu geeignet ist:
- den Privatsektor als elementaren Partner zu stärken und so die Entwicklung eines nachhaltigen Wachstums zu erreichen,
 - vor allem direkte Investitionen aus dem In- und Ausland zu bewirken,
 - die soziale Verantwortung zu fördern,
 - ein langfristig stabiles Umfeld zu sichern,
 - die Handelsbeziehungen zwischen den afrikanischen Staaten zu erleichtern.

sprechen wir folgende Empfehlungen aus:

1. die Beziehungen zwischen Afrika und der internationalen Gemeinschaft, insbesondere zu den G8-Staaten, sollten sich auszeichnen durch
 - Solidarität,
 - Partnerschaft,
 - geteilte Verantwortung,
 - beiderseitiges Interesse;
2. die Verbesserung der politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen in Afrika durch die Einführung von guter Regierungsführung sowie regelmäßigen, freien und gerechten Wahlen;
3. die NEPAD und der APRM sollten von einem optimalen strukturellen und administrativen Umfeld profitieren;
4. die Verbesserung des Bekanntheitsgrades der NEPAD und des APRM (African Peer Review Mechanism) bei der afrikanischen Bevölkerung,
5. die Verantwortung der NEPAD und die Transparenz ihrer Verfahren sollten nicht nur durch die Regierungen sicher gestellt werden, sondern auch durch die Mitwirkung von politischen Parteien, Parlamenten und Zivilgesellschaften an der Umsetzung von NEPAD in Bezug auf die Transparenz und Verantwortlichkeit seitens der Regierungen;

Windhoek Dialogue – Dialogue de Windhoek
 Rue Wiertz 60 – B-1047 Bruxelles
 Internet address: <http://www.epp-ed.eu>

ASIEN

KAMBODSCHA

Das internationale Pariser Friedensabkommen von 1991 legte die Grundlagen für den demokratischen Neubeginn in Kambodscha nach 30 Jahren Krieg, Bürgerkrieg und royalistischem wie kommunistischem Staatsterrorismus. Die ersten freien Wahlen in der Geschichte Kambodschas und eine demokratische Verfassung folgten 1993. Die Bürgerkriegsgruppen hatten in Paris miteinander verhandelt. Sie sind die Keimzelle für die Parteien, die seitdem zu Wahlen antreten – bisher drei Parlaments- und zwei Kommunalwahlen.

Der Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung der ersten Demokratie in Kambodscha erfolgt vor dem Hintergrund der blutigen Geschichte unter erschwerten Bedingungen. Die Parteien entstanden aus Bürgerkriegsarmeen. Die politischen Protagonisten standen sich in Feindschaft bis zum Tod gegenüber. Gewalt gehörte zum Alltag. Friedliche Konfliktlösung oder Konsensbildung müssen neu gelernt werden. Absolute Herrschaft ist die kulturell geprägte Norm. Gewaltenteilung ist fremd.

Die Roten Khmer schieden 1993 aus dem Parteienkonzert aus. Sie zogen sich aus Angst vor einer Wahlniederlage und Rache für ihre Gräueltaten bewaffnet in den Dschungel zurück und überzogen das Land für weitere Jahre mit Terrorattacken, die erst im Jahr 2000 ganz aufhörten.

Die Wahlen von 1993 gewann die royalistische FUNCINPEC. Sie verwies die ehemalige sozialistische Einheitspartei und nun post-kommunistische kambodschanische Volkspartei (*Cambodian People's Party*, CPP) auf den zweiten Platz. Es kam zu einer labilen Koalition und 1997 zu einer letzten kurzen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den militärischen Kräften der Parteien. Die CPP obsiegte und ihr Wiederaufstieg zur dominierenden politischen Kraft begann. Der aktuelle Premierminister Hun Sen war bereits Premier im sozialistischen Kambodscha der 1980er Jahre.

Die CPP-FUNCINPEC Koalition hatte auch über die Wahlen von 1998 und 2003 hinaus Bestand. Die Gewichte aber verschoben sich. Die CPP gewann deutlich über die absolute Mehrheit hinaus an Stimmen, ohne eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen, die laut Verfassung zur Regierungsbildung erforderlich war.

Im Parlament sind seit 1998 drei Parteien vertreten: CPP, FUNCINPEC und eine von ihr abgespaltene Partei, die sich nach ihrem Gründer und Vorsitzenden Sam Rainsy Partei (SRP) nennt. Die SRP ist seit 1998 alleinige parlamentarische Opposition.

STRUKTURMERKMALE UND PROBLEME KAMBODSCHANISCHER PARTEIEN

Im Jahre 2006 wurde das Verfassungsgebot der Zweidrittel-Mehrheit für die Regierungsbildung aufgehoben. Nunmehr genügt die absolute Mehrheit (50 Prozent + 1). Die FUNCINPEC blieb trotzdem in der Koalition und verlor in der Folge dramatisch an Bedeutung. Der FUNCINPEC-Parteivorsitzende „auf Lebenszeit“ Prinz Norodom Ranariddh wurde gestürzt. Zwei neue royalistische Parteien spalteten sich ab, von denen sich eine alsbald zurück in eine Allianz mit der FUNCINPEC begab. Bei den Kommunalwahlen im April 2007 erreichten die Royalisten zusammen nur noch 13 Prozent der Stimmen. Ob dieses Lager wieder mehr Wählerzustimmung erreichen kann ist ungewiss. Die SRP hat sich mit 25 Prozent des Wählerzuspruchs als zweite politische Kraft konsolidiert.

Aber auch dem sich als demokratische Alternative empfehlenden Lager droht die Zersplitterung. 2007 wurde die Human Rights Party gegründet und macht Sam Rainsy bei den 2008 bevorstehenden allgemeinen Wahlen Konkurrenz.

Die Parteien in Kambodscha unterscheiden sich deutlich von westeuropäischen Parteien. Dafür sind außer der historischen und kulturellen Prägung auch die gesetzlichen Grundlagen verantwortlich. Zwar findet sich in Artikel 2 des kambodschanischen Parteiengesetzes eine dem Art. 21 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes entsprechende Regelung: Eine politische Partei muss mit der demokratischen und pluralistischen Ordnung in Einklang stehen. Andere rechtliche Grundlagen, die in Deutschland in Art. 21 des Grundgesetzes und im Parteiengesetz geregelt sind, fehlen. Nach dem deutschen Parteiengesetz (§ 6) muss die Partei eine schriftliche Satzung und ein Programm haben. Eine solche Regelung besteht in Kambodscha nicht. Entsprechend sind auch programmorientierte politische Willensbildung und Auswahl des politischen Personals durch festgelegte innerparteiliche demokratische Abläufe unterentwickelt.

Kambodschanische Parteien haben nur ansatzweise eine verlässliche innere Ordnung, die demokratischen Grundsätzen entspricht. Die SRP hat erst in jüngster Zeit das innerparteiliche Delegiertenprinzip erprobt. Auch die CPP hat die Popularität ihrer örtlichen Kader

durch Abstimmungen erkundet. Bisher bleibt die letzte Entscheidung über die Kandidatenaufstellung zentralistisch. Insgesamt spielt bei der CPP die Tradition einer ehemals sozialistischen Kaderpartei noch deutlich in die Organisations- und Entscheidungsprinzipien hinein.

Parteien in Kambodscha legen nicht über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft ab, wie es das Grundgesetz von deutschen Parteien verlangt. Auf informellem Weg erzielte Einnahmen stehen daher im Vordergrund der Parteienfinanzierung.

Kambodschanische Parteien basieren auf den Funktionsmerkmalen des in Südostasien dominierenden Patronageprinzips. Persönliche Loyalitätsbeziehungen und informeller materieller Austausch zwischen politischen Protagonisten und zwischen politischer Klasse und Bevölkerung stehen im Vordergrund. Positionen in Politik und Verwaltung werden von hierarchisch höher stehenden Patronen gegen erhebliche „Eintrittsgelder“ an Gefolgsleute vergeben. Öffentliche Ämter bieten protegierte Gelegenheiten zum Erzielen von Korruptionseinnahmen und anderen wirtschaftlichen Vorteilen, die die Aufwendungen für die Amtsübernahme kompensieren und die Pflege eines Gefolgschaftsnetzes auf hierarchisch niedrigerer Ebene ebenso ermöglichen wie – wichtiger – die fortgesetzte Zahlung an den jeweiligen Patron. Gefolgschaft ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, bei dem der Potentat Protektion bei Machtmissbrauch gewährleistet, wofür er im Gegenzug Unterstützung erwarten kann. Korruption ist in diesem System konstitutives Element funktionierender Herrschaft: je korrupter die Basis, um so sicherer ist die Position der Führung und umgekehrt. Machtmissbrauch wird in Kambodscha nicht verfolgt („*culture of impunity*“).

Das Patronagesystem macht die politischen Parteien zur Fassade. Sie bilden lediglich einen Rahmen, in dem die Klientelnetze funktionieren und Partikularinteressen verfolgt werden. Die politischen Parteien konkurrieren bei Wahlen um die Zustimmung der Bevölkerung, die den Zugang zu Staatsämtern und den Ressourcen ebnet, die das Patronagesystem speisen.

Trotz dieser deutlich anderen Gewichtung von Funktionsmerkmalen haben sich die Parteien in Kambodscha grundsätzlich mit einigen für politische Parteien weltweit herausfordernden Dichotomien auseinanderzusetzen. Beispielsweise müssen auch sie mit der Dialektik zwischen Interessenartikulation und Interessenaggregation bzw. -integration umgehen. Einerseits geht es in einer politischen Partei darum, die Spezialinteressen

bestimmter Wählergruppen und Anhänger zu artikulieren und zu repräsentieren, andererseits die Interessen möglichst vieler Mitglieder und Anhänger zu integrieren, um ein möglichst breites Meinungsspektrum um eine erkennbare Identität stiftende Grunddeterminante herum abzubilden.

Die CPP stützt sich dabei in erster Linie auf die ländlichen Massen und empfiehlt sich durch öffentliche Leistungen und als Garant für Frieden und Sicherheit. Die Grenze zwischen Partei und Staat wird dabei unscharf.

Die SRP spricht mit ihrer Demokratie- und Menschenrechtszentrierung besser gebildete und „westlicher“ orientierte städtische Gruppen an. Im ländlichen Raum scheint sie eher auf eine mittel- bis langfristig orientierte Überzeugungsarbeit zu setzen. Dabei kann sie der CPP die verbreiteten illegitimen Machenschaften vorwerfen, die die Bevölkerung zu erdulden hat: illegale Landnahme, Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Menschenhandel oder das Schaffen einer Atmosphäre der Angst. Das royalistische Lager hat ihr Potential zur Interessenartikulation und -aggregation bisher wenig genutzt. Es könnte sich beispielsweise durch ihre Nähe zum König ein nationalistisch-traditionistisch orientiertes Profil geben und damit starke patriotische Gefühle ansprechen. Dass sie sich bisher einseitig auf die Wirkungskraft weniger Persönlichkeiten verlassen hat, spiegelt sich im abnehmenden Wählerzuspruch ebenso wieder wie in der Neigung zur Zersplitterung.

Ein weiteres Spannungsfeld besteht zwischen der Repräsentation von Wählerinteressen und den manifesten Interessen der Parteikader. Zum einen muss es der Partei um die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder und Anhänger gehen, damit sie als Wahlalternative attraktiv bleibt. Zum anderen erstrebt sie Eigeninteressen für ihre Funktionäre. Diese Funktionen haben bei den kambodschanischen regierenden Parteien eine im Patronagesystem verwurzelte Ausprägung gefunden. Sie führt zum Missbrauch von Machtpositionen. Die Interessen der Wählerschaft werden durch geringfügige Belohnung für ihre Unterstützung honoriert. Wer sich als zur Mehrheit zugehörig präsentiert ist „drin“ und hat Zugang zu Verteilungsvorteilen. Wer sich als „draußen“ oder oppositionell eingestellt darstellt, kann keine Vorteile in Anspruch nehmen und muss mit Nachteilen und Repressionen rechnen.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS IN KAMBODSCHA

Demokratie soll den pluralistischen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Ideen und Interessen nach rechtsstaatlichen Prinzipien regeln. Dafür brauchen demokratische Gesellschaften politische Parteien. In der kambodschanischen Geschichte hat es diese Form der gesellschaftlichen Organisation nie gegeben. Opposition war bis 1993 immer illegitim. Deshalb ist es für Kambodscha heute wichtig, dass die Parteien friedliche und geregelte Mechanismen zur politischen Willensbildung und zur demokratischen Mehrheitsbildung und Konfliktlösung innerhalb von Parteien und zwischen ihnen finden.

Die KAS hat sich dafür entschieden, mit allen in der Nationalversammlung vertretenen Parteien in Äquidistanz zusammenzuarbeiten. Vor dem Hintergrund einer fast ungebrochenen Geschichte absolutistischer Herrschaft ist der Bestand einer Mehrzahl von Parteien vorrangig vor der alternativ möglichen Option der Förderung einer Partei, die den Grundsätzen christlich-demokratischer Politik eventuell näher stünde als andere. Ziel der Parteienarbeit in Kambodscha ist die Konsolidierung demokratischer Prinzipien innerhalb von und zwischen den Parteien.

Die Parteienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung will einen Beitrag leisten, die Demokratiedefizite abzubauen: Mehr Programmorientierung und weniger Patronage, mehr innerparteiliche Willensbildung von unten und weniger Befehl und Gehorsam, mehr horizontale und vertikale Teilung von Macht. Dabei werden vier Schwerpunkte gesetzt: die Förderung der Kommunalpolitiker, die Förderung der Frauenverbände, der politische Dialog zum Aufbau demokratischer Parteistrukturen und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und ihren Parlamentsabgeordneten als Vorstufe zur Fraktionsorganisation.

Regelmäßig werden Workshops, Seminare, Konferenzen veranstaltet und Gespräche mit Spitzenpolitikern geführt. Dabei werden häufig erfahrene deutsche Politiker eingesetzt: Parlamentarier, Bürgermeister oder Parteimanager. Es hat sich als förderlich erwiesen, Politiker mehrmals einzusetzen, wodurch Vertrauen zu den Parteivorsitzenden und Generalsekretären aufgebaut werden konnte. Dies stärkt auch eine aktive Partizipation der Teilnehmer. Das Verhältnis der KAS zu den Parteien Kambodschas wird geprägt durch Kommunikation und Kooperation. Alle Parteien respektieren die Entscheidung der Stiftung zur Zusammenarbeit auch mit den politischen Wettbewerbern. Voraussetzung dafür ist das Einhalten strikter Überparteilichkeit und Diskretion.

Maßnahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Förderung der FUNCINPEC bei Kommunal- und Parlamentswahlen

Seit dem Jahr 2000 veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung bei Gemeinde- und Parlamentswahlen in Kambodscha Bildungsprogramme für die Parteiführung auf lokaler und nationaler Ebene. Zur Vermittlung von erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten für die lokale Parteiarbeit werden dabei Themen wie die Führung einer Parteiorganisation, Politikformulierung und -vermittlung angesprochen. Zu den Themen der Bildungsveranstaltungen gehören auch Erläuterungen zur Dezentralisierungspolitik, zur Umsetzung von Kommunalpolitik, rechtliche und insbesondere verwaltungsrechtliche Vorschriften, Projektmanagement und Konfliktlösung.

Die Kurse zielen darauf ab, die Organisation der Partei auf Kommunalebene effizienter zu gestalten und damit ihren Erfolg auch langfristig zu sichern. Obwohl die einzelnen Kurse nur zwei bis fünf Tage dauern, vermitteln sie den Teilnehmern doch mehr Vertrauen in ihre Fähigkeit, die Partei auf verschiedenste Art und Weise vertreten zu können. Seit dem Beginn der Zusammenarbeit zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der FUNCINPEC wurden mehr als 20 Bildungskurse für Mitglieder meiner Partei abgehalten. Die Teilnehmer erhalten am Ende eines jeden Kurses ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der FUNCINPEC-Partei ausgestelltes Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme an dem Seminar. Aufgrund ihrer Teilnahme werden die meisten Absolventen als Kandidaten für den Gemeinderat aufgestellt.

Ich bin überzeugt, dass die Verbesserung der Führungsqualitäten im Rahmen des Programms dem gesamten kambodschanischen Volk Nutzen bringen und das Vertrauen der Gemeinschaft als Ganzes stärken wird. Ich hoffe, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung diese wertvollen Programme auch weiterhin und in wachsender Zahl durchführt.

*Nhek Bun Chhay
Generalsekretär*



Unterstützung des gesellschaftlichen und politischen Wandels in Kambodscha durch die Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit mehr als sechs Jahren besteht zwischen der kambodschanischen Sam Rainsy Party (SRP) und der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Partnerschaft. Nun, da sich unsere Nation wieder aus den Trümmern erhebt, die von inneren Unruhen und Kriegen aller Art hinterlassen wurden, erweisen sich unsere Verbindungen zu Institutionen aus stabilen Demokratien für die Erweiterung der Kenntnisse und Kapazitäten innerhalb unserer Partei als äußerst wertvoll. Wir sehen uns verschiedenen Zwängen gegenüber, die einem europäischen Demokraten ungewöhnlich erscheinen mögen. Anstatt von demokratischen Entscheidungsprozessen ist unsere Geschichte geprägt von der autoritären Machtausübung einzelner Personen. Der Gedanke, dass ein Bürger oder eine Gruppe von Bürgern die politischen Autoritäten konstruktiv hinterfragen könnte, ist neu für unsere Kultur. Außer dem Tourismus und der Bekleidungsindustrie hat unsere Wirtschaft wenig aufzuweisen. Sie besteht größtenteils aus Kooperativen im Agrar- und Fischereibereich. Die grundlegenden Institutionen einer Demokratie – Wahlen, Rechtssicherheit, Dezentralisierung, Gewaltenteilung – müssen erst neu eingeführt werden.

Das Volk von Kambodscha fühlt sich der Einführung der Demokratie verpflichtet und betrachtet sie als Voraussetzung für den Eintritt ins 21. Jahrhundert. Die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist dabei besonders wertvoll für eine Oppositionspartei in einer Nation, die mit dem Konzept einer legalen Opposition nicht vertraut ist.

Die KAS organisiert seit sechs Jahren in Phnom Penh Bildungsveranstaltungen über Haushaltsführung, Verwaltung, Kommunikation und andere für die Kommunalverwaltung wichtigen Themen. Die Sam Rainsy Party entsendet zu diesen Veranstaltungen Mitglieder, die dann in ihre jeweiligen Provinzen zurückkehren und ihre Kenntnisse im Rahmen von Bildungsveranstaltungen in den Provinzhauptstädten an kommunale Amtsträger weitergeben. Tausende SRP-Gemeinderäte sind bislang nach diesem Verfahren ausgebildet worden und haben ihre Kenntnisse ihren Gemeinden vermittelt. Die Nachfrage nach Bildungsveranstaltungen in den Provinzen steigt schneller, als sie befriedigt werden kann. Bei den Gemeindewahlen 2007 konnte unsere Partei die Zahl ihrer Gemeinderäte mehr als verdoppeln, sodass der Ausbildungsbedarf heute größer ist als je zuvor.

Auch auf höherer Ebene ist die Unterstützung der KAS von großem Wert. Bei Bildungsmaßnahmen und Studienreisen nach Deutschland erwerben sich Abgeordnete wesentliche Grundlagen, anhand derer sie den Fortschritt der demokratischen Strukturen in Kambodscha bewerten können. So hat die KAS zum Beispiel vor kurzem eine Deutschlandreise für Son Chhay finanziert, einen Abgeordneten unserer Partei, der im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung den Vorsitz führt. Son Chhay gewann dabei einen besseren Einblick in die Bedeutung der Parteien und insbesondere der Oppositionsparteien in der politischen Struktur Deutschlands. Mit diesen Kenntnissen konnte er seine Forderung nach mehr Freiraum für unsere Partei untermauern. Greifbare Resultate zeigen sich nur langsam; die Regierungspartei verschleppt leider echte politische Reformen, denn durch sie wird ihre eigene Macht geschmälert und die der Opposition gestärkt. Eine nüchterne Betrachtung der kambodschanischen Demokratie in den letzten zehn Jahren zeigt jedoch gewisse Fortschritte in der Entwicklung des Freiraumes, der den Oppositionsparteien zur Verfügung steht, sowie auch zumindest ein Abklingen der Gewalt gegenüber oppositionellen Aktivisten.

Auch innerhalb unserer eigenen Partei fördert die KAS den Dezentralisierungsprozess durch ihre Ausbildungsmaßnahmen vor Ort und die Finanzierung von Studienreisen. Bis die Rollen und Verantwortungsbereiche klar unter der Landes-, Provinz- und Kreisebene aufgeteilt sind, liegt noch ein langer Weg vor uns. Jedoch bewegen wir uns mit ständiger Unterstützung durch die Stiftung in die richtige Richtung, und wir können unsere Fortschritte anhand der Strukturen beurteilen, die wir in Deutschland sehen. Wir sind sicher, dass die Zusammenarbeit mit der Stiftung auch in Zukunft positive Resultate für unsere Partei und unser Volk zeitigen wird.

Sam Rainsy
Vorsitzender

PHILIPPINEN

Nach einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Auftrag gegebenen Umfrage bevorzugen nur 27 Prozent der philippinischen Wähler eine spezielle Partei. Die überwiegende Mehrheit der Filipinos ist mit den Parteien unzufrieden und glaubt nicht, dass sie zur Lösung der Probleme des Landes beitragen.

Diese Skepsis hat ihre Ursache im politischen und gesellschaftlichen System der Philippinen, das sich an Familienclans ausrichtet und im Wesentlichen von patriarchalisch-oligarchischen Strukturmerkmalen geprägt ist.

Dementsprechend gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Parteien auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung schwierig, wenngleich die christlich-demokratische Partei über eine lange Tradition verfügt und mit einer kurzen Unterbrechung während der Regierungszeit Joseph Estradas (1998 bis 2000) seit 1992 die dominierende Regierungspartei ist.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte den Gründer der Christdemokraten und späteren Außenminister Raul Manglapus bereits während seiner Zeit im Exil zu Zeiten des diktatorisch agierenden Präsidenten Marcos und hat nach der friedlichen Revolution (1986) zum Aufbau von Parteien der Mitte beigetragen.

Letztlich hat sich die *National Union of Christian Democrats* von Raul Manglapus nach einem Zusammenschluss mit der Gruppe LAKAS („Stärke“) sowie der *National Union of Muslim Democrats* durchgesetzt und ist heute als LAKAS-CMD (*Christian Muslim Democrats*) die Partei, die über die meisten Sitze im Abgeordnetenhaus verfügt, die meisten Gouverneure und Bürgermeister in ihren Reihen hat und darüber hinaus die Präsidentin stellt.

Trotz dieser anhaltenden Wahlerfolge ist die Partei organisatorisch und programmatisch schwach. Dies gilt auch für alle anderen Parteien, die sich in der Regel an einer Person festmachen und sich mehrheitlich zu einer den Präsidenten unterstützenden Koalition zusammenschließen. Die Nähe zur Zentralmacht im Lande bringt vor allem Vorteile in Bezug auf Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte in den Provinzen. Nach wie vor ist es üblich, dass Abgeordnete und Kommunalpolitiker, die im Wahlkampf für eine unterlegene Partei kandidiert haben, nach den Wahlen in das Lager des Siegers übertreten. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition findet daher nur sehr eingeschränkt statt.



Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo nimmt zusammen mit christlich-demokratischen Politikern an einem Seminar der KAS teil.

Viele reformorientierte Kräfte werben daher für eine Generalüberholung des politischen Systems und den Übergang von der verfassungsmäßig gegebenen Präsidialdemokratie zu einer parlamentarischen Regierungsform. Im Rahmen dieser Debatte werden auch eine Wahlrechtsreform sowie ein Parteiengesetz und eine Neuregelung der Wahlkampffinanzierung diskutiert. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat diese Debatte in den vergangenen Jahren mit vielfältigen Seminarreihen, wissenschaftlichen Ausarbeitungen und Konferenzen befördert, gleichzeitig jedoch verschiedene Initiativen unter den gegenwärtigen Bedingungen ergriffen, die darauf abzielen, die reformorientierten Kräfte in den Parteien zu stärken.

Zu diesem Zweck bietet das kommunalpolitische Beratungsprogramm der KAS auch Seminare an, die sich mit kommunaler Demokratie und der Bildung von Parteien auf lokaler Ebene beschäftigen.

Ferner werden die reformorientierten Kräfte aus den Reihen der Christdemokraten sowie anderen Parteien der Mitte, die sich im *Center for Christian Muslim Democracy* versammeln, regelmäßig zum Gedankenaustausch und zu Seminaren eingeladen. Dieses Angebot richtet sich insbesondere an junge Bürgermeister, Gouverneure und Abgeordnete sowie an die in der politischen Jugendarbeit tätigen Kreise. Die Stiftung bemüht sich darum, dass im Rahmen dieser Seminare auch stets ein Gedankenaustausch mit der Führung der Partei stattfindet, vor allem dem Präsidenten und Sprecher des Repräsentantenhauses José de Venecia Jr., der Vorsitzenden und philippinischen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, sowie dem Ehrenvorsitzenden der Partei und ehemaligen Präsidenten Fidel V. Ramos. Dadurch erhalten viele jüngere Parteimitglieder eine karrierefördernde Plattform. Mittlerweile hat die Partei, die stark vom Senioritätsprinzip getragen ist, einen 38-jährigen Generalsekretär, der es bei den Wahlen 2007 auch in den 24-köpfigen Senat geschafft hat sowie jüngere Parteivorsitzende in

einigen Landesteilen, darunter auch einen 42-jährigen Bürgermeister in Metro Manila, der seit August 2007 nun auch gleichzeitig Präsident des philippinischen Städtetages ist.

Darüber hinaus gehört es zu den Anliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Chancengleichheit bei Wahlen zu erhöhen. Zu diesem Zweck wurde Anfang 2006 in Vorbereitung der Wahlen 2007 das Projekt „*How to Win an Election*“ ausgerufen. Zusammen mit der Ateneo Universität wurde in einem achtmonatigen Projekt ein Ratgeber für die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Abgeordnetenhaus erstellt. Der Ratgeber richtete sich vor allem an die jungen Aufsteiger, die keiner politischen Familie angehören und damit über kein traditionelles oder familienbezogenes Unterstützungssystem verfügen. Nach öffentlicher Vorstellung des Ratgebers wurden in einer landesweiten Anzeigenkampagne zweimal 30 Seminarplätze für eine jeweils einwöchige Schulung ausgeschrieben. Nicht alle Teilnehmer haben letztlich kandidiert, einige haben sich auch erfolgreich als Kampagnenmanager erprobt. Erfolge für die Teilnehmer gab es vor allem auf der kommunalen Ebene, zwei Teilnehmer wurden zu Bürgermeistern in größeren Städten gewählt. Besonders bemerkenswert ist jedoch, dass zwei Teilnehmer aus dieser Gruppe den Sprung in das Repräsentantenhaus geschafft haben. Beide sagen, dass sie ohne das Seminar nicht den Mut gehabt hätten, an ihrer Kandidatur festzuhalten und vor allem hinsichtlich der Organisation ihrer Kampagne und der Festlegung einer Strategie profitiert hätten.

MONGOLEI

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begann 1992 mit ersten Aktivitäten in der Mongolei. Seit 1993 leitet ein Auslandsmitarbeiter vor Ort die Tätigkeiten im Rahmen von Eigenmaßnahmen und Partnerkooperationen. Politische Bildung, Beratung von Parlamentariern und der Regierung bei Gesetzesvorhaben, Förderung kommunaler Selbstverwaltung, Unterstützung bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und partielle Parteienförderung sind die wichtigsten Aufgabenfelder der KAS in der Mongolei.

Die strategische Zusammenarbeit mit politischen Parteien zielt in erster Linie darauf ab, ein stabiles Mehrparteiensystem im Land installieren zu helfen. Die Mongolei blickt – nach der ehemaligen Sowjetunion – auf die längste Periode eines kommunistischen Einparteiensystems zurück. Seit 1924 wurde das Land von einer kommunistischen Partei regiert, die unter umfassender und intensiver Kontrolle Moskaus agierte. Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP)

sah sich nach fast 70-jähriger Alleinherrschaft Anfang der 1990er Jahre im Zuge der weltpolitischen Veränderungen, insbesondere des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums, vor der Herausforderung, dass sich neben ihr andere politische Parteien formierten. Das am 10. Mai 1990 vom nationalen Parlament, dem Großen Staatskhural, verabschiedete „Gesetz über die Parteien“ institutionalisierte die im Ergebnis einer friedlichen Revolution erkämpften Rechte, zu der auch ein Mehrparteiensystem gehörte. Vorher hatte die ehemalige Staatspartei MRVP symbolisch auf ihren seit Jahrzehnten im Grundgesetz verankerten Führungsanspruch verzichtet, obwohl es diesbezüglich keinen juristisch eindeutigen Beschluss gab.

Mit Blick auf die Entwicklungen in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Länder setzten sich innerhalb der MRVP immer mehr die Kräfte durch, die durch umfangreiche innerparteiliche Reformen und programmatische Neuausrichtungen die Entwicklung zu einer demokratischen Partei aufnehmen wollten, natürlich auch mit dem Hintergedanken, auf diese Art möglichst viele Machtpositionen zu behalten und für die Zukunft zu sichern. Noch im Mai 1990 ließen sich fünf Oppositionsparteien beim Obersten Gericht der Mongolei registrieren, die freilich bezüglich ihrer Mitgliederzahlen und materiellen Ressourcen der MRVP weit unterlegen waren. Gleichwohl war damit die juristische Voraussetzung zur Entwicklung eines Mehrparteiensystems geschaffen. Auch wenn im Ergebnis der ersten freien und demokratischen Wahlen in der Geschichte der Mongolei, die am 29. Juli 1990 abgehalten wurden, die MRVP stärkste politische Kraft im Lande blieb, konnten die Oppositionsparteien wichtige politische Ämter mit ihren Vertretern besetzen.

Die nach einem neuen Wahlgesetz und der Neueinteilung der Wahlkreise Ende Juni 1992 abgehaltenen Parlamentswahlen brachten für die Oppositionsparteien ernüchternde Ergebnisse. Von den insgesamt 76 Parlamentssitzen im Großen Staatskhural erhielt die MRVP 70, das Wahlbündnis Demokratische Allianz vier, sowie die Mongolische Sozialdemokratische Partei (MSDP) und ein Unabhängiger jeweils einen Sitz. Es ist festzuhalten, dass die materiellen, organisatorischen und logistischen Vorteile der ehemaligen Staatspartei MRVP noch viele Jahre – und im finanziellen Bereich wohl auch bis zum heutigen Zeitpunkt – bestehen blieben, so dass die Oppositionsparteien diesbezüglich mit erheblichen Nachteilen zu kämpfen hatten.

Abgesehen von der an demokratischen Werten orientierten Strategie der politischen Entwicklungszusammenarbeit der KAS ist damit im Grunde genommen das wichtigste Motiv genannt, warum sich die KAS bei der Parteienförderung seit 1993 auf eine Zusammen-

arbeit mit den neu entstandenen Oppositionsparteien konzentrierte. Allerdings wurde diesbezüglich von Anfang an keine einzelne der neu entstandenen Oppositionsparteien gewissermaßen als „Exklusivpartner“ bevorzugt. Da Vertreter der unterschiedlichen Parteien im Mongolischen Demokratischen Bund (MDB) eine Art Dachorganisation fanden, um gemeinsame Ziele wirkungsvoller durchsetzen zu können, wurde für die KAS der MDB der natürliche Kooperationspartner auf dem Gebiet der Parteienförderung. Es war gewiss auch ein symbolischer Vorgang, dass die KAS ihr Büro im Haus des MDB bezog.

In der Folgezeit wurden Vertreter unterschiedlicher Parteien von der KAS in ihrer politischen Arbeit unterstützt. Ein Netzwerk von Aktivisten für die demokratische Transformation des Landes sollte aufgebaut werden. Als wirkungsvolles Instrument erschien dabei die Unterstützung bei der Gründung einer Akademie für Politische Bildung (APB). Parallel zu den oben erwähnten Wettbewerbsnachteilen der Oppositionsparteien gab es auch im vopolitischen Raum keine „Waffengleichheit“ unter den politischen Strömungen. Universitäre und außeruniversitäre Bildungseinrichtungen standen mehrheitlich der MRVP nahe. Obwohl die APB bewusst überparteilich ausgerichtet war, was sich auch in der Zusammensetzung des Vorstandes manifestierte, sollten die von der Akademie geplanten und durchgeführten Bildungsmaßnahmen konzeptionell eindeutig auf die weitere Entwicklung demokratischer Strukturen ausgerichtet sein. So ließ sich bei der immer komplizierter werdenden Parteienstruktur des Landes, die im Oppositionsbereich durch permanente Neugründungen, Fusionen und Abspaltungen geprägt war, das Grundanliegen der KAS, nämlich die Demokratieförderung, am besten verwirklichen. Die APB sollte neben der Vermittlung der Grundlagen des demokratischen politischen Systems auch als Bildungsinstitution für Aktivisten der demokratischen Parteien genutzt werden. Die KAS baute die Unterstützung dieser spezifischen Form der Parteienförderung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre weiter aus, indem sechs Außenstellen der Akademie außerhalb von Ulaanbaatar gegründet wurden.

Mit Blick auf die ernüchternden Wahlergebnisse vom Juni 1992 kam es im Oktober 1992 im Bereich der Oppositionsparteien zur Fusion von vier Parteien zur Mongolischen Nationaldemokratischen Partei (MNDP). Der Kern der Oppositionsparteien bestand nun im Wesentlichen aus der MNDP und der MSDP, die in den nächsten Jahren mit Blick auf die Parlamentswahlen von 1996 einige ihrer politischen Aktivitäten koordinierten und auch programmatisch deutliche Nachjuss-

tierungen vornahmen. Die Parteienförderung der KAS konzentrierte sich deshalb im Wesentlichen auf die Unterstützung der Parteiführung der MNDP, die dabei unterstützt wurde, die Prägnanz und Unterscheidbarkeit künftiger Wahlprogramme zu schärfen. Beide Parteien beschlossen für 1996 ein Wahlbündnis Demokratische Union (DU).

Dieses Wahlbündnis schnitt bei der Parlamentswahl am 30. Juni 1996 außerordentlich erfolgreich ab und errang 50 der 76 Sitze im Großen Staatskhural. Die DU stellte die Regierung. Jedoch zeigte sich schon bald, dass die ungefestigten Parteistrukturen, mangelnde Parteidisziplin und eben auch die unzureichenden programmatischen Fixpunkte als schwere Hypothek die Regierungszeit bis 2000 belasteten. Nicht zuletzt durch den „Verschleiß“ von vier Premierministern innerhalb einer Legislaturperiode und dem Eindruck völliger Uneinigkeit innerhalb der Regierungsfraktion sank das Ansehen der DU-Politiker in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf einen Tiefpunkt.

Das Argument, die MRVP habe mehr materielle und institutionelle Ressourcen, konnte – wahltaktisch gesehen – als alleiniger Grund für die Misserfolge der DU-Politik nicht mehr kommuniziert werden. Die DU scheiterte im Wesentlichen an eigenen, hausgemachten Problemen. Die Parlamentswahlen vom 2. Juli 2000 waren für die Opposition ein Desaster. 72 der 76 Parlamentssitze gingen an die MRVP. De facto gab es in der Legislaturperiode bis 2004 keine ernstzunehmende parlamentarische Opposition, was mit Blick auf die Entwicklung eines stabilen Mehrparteiensystems durchaus als Rückschritt zu bewerten ist. Aber es muss auch angemerkt werden, dass das mongolische Wahlsystem diese extremen Schwankungen der Sitzverteilung von Wahl zu Wahl mit befördert. Der prozentuale Anteil an Wählerstimmen wird im Parlament nicht adäquat wiedergegeben, weil nur jeweils der direkt gewählte Kandidat eines Wahlkreises ins Parlament einzieht. Außerhalb der MRVP war die Parteienlandschaft vollkommen zersplittert. Zwölf Parteien und drei Wahlbündnisse traten in 76 Wahlkreisen mit fast 600 Kandidaten an, während die MRVP diszipliniert 76 Kandidaten aufstellte. So konnte die MRVP fast 95 Prozent der Parlamentssitze erringen, obwohl sie „nur“ gut 51 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinte.

In dieser Phase (2000 bis 2004) war die Parteienförderung der KAS mit der oben erwähnten strategischen Ausrichtung auf die Unterstützung der Anfang der 1990er Jahre entstandenen Demokratiebewegung außerordentlich schwierig. Bis Ende 2002 fiel die Opposition im Prinzip lediglich durch negative Schlagzeilen auf. Jedoch wurden immer mehr Stimmen laut, durch eine groß angelegte Parteienfusion die Schlag-

kraft der Opposition gegenüber der (all)mächtig erscheinenden MRVP zu erhöhen. Tatsächlich kam es am 6. Dezember 2002 zu einem Vereinigungsparteitag. Fünf Parteien fusionierten zur Demokratischen Partei (DP). Organisatorisch war dies gewiss ein erheblicher Fortschritt. Ob allerdings die inhaltlichen Schnittmengen, programmatischen Übereinstimmungen und insbesondere die personellen Konstellationen der wichtigsten Akteure der neuen Partei ausreichen würden, um endlich eine zukunftsfähige Alternative zur wieder erstarkten MRVP zu bieten, musste sich erst noch zeigen.

Im Ergebnis der Parlamentswahlen vom 27. Juni 2004 gab es zum ersten Mal in der demokratischen Geschichte der Mongolei ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Jeweils 36 Sitze errangen MRVP und das so genannte oppositionelle Wahlbündnis Mutterland-Demokratie, in dem die DP die stärkste Gruppe bildete. Es kam zu einer „Großen Koalition“ aus MRVP und dem Wahlbündnis Mutterland-Demokratie. Die seither laufende Legislaturperiode verlief ausgesprochen turbulent. Der zunächst für zwei Jahre als Premierminister gewählte Vorsitzende der DP Elbegdorj wurde im Januar 2006 zum Rücktritt gezwungen. Die MRVP hat wieder eine ausgesprochen starke Stellung und besetzt die wichtigsten Regierungs- und Parlamentsfunktionen.

17 Jahre nach der friedlichen Revolution, in deren Ergebnis auch die Voraussetzungen zur Bildung eines demokratischen Mehrparteiensystems geschaffen wurden, muss konstatiert werden, dass ein solches in der Mongolei noch lange nicht konsolidiert ist. Man kann zudem feststellen, dass sich die ehemalige Staatspartei MRVP von ihrem Image als postkommunistische Partei befreien konnte. Mit Blick auf die Programmatik und vor allem deren Wählerschaft seit 1992 kann man die Aussage treffen, dass es sich um eine sozialdemokratische Partei handelt, bei allen Einschränkungen, die ein solcher Vergleich über historische Kulturen hinweg erfordert. Die MRVP ist fester und stabilisierender Bestandteil der mongolischen Demokratieentwicklung.

Die Parteienförderung der KAS konzentriert sich heute, ähnlich wie zu Beginn der 1990er Jahre, nicht auf eine Partei, wenngleich zwangsläufig der derzeit stärksten Oppositionspartei DP eine gewisse Präferenz zukommt. Es bestehen auch Kooperationen mit der so genannten Civil Will Republican Party (CWRP). Hier liegen die Schwerpunkte v. a. in Bildungsmaßnahmen und Beratungen zur Verbesserung der innerparteilichen Demokratie. Die KAS konzentriert sich stark auf Veranstaltungen und Maßnahmen in den mongolischen Provinzen, wo häufig die Organisationsstrukturen der Parteien besonders schwach ausgeprägt sind. Es gibt kaum

verlässliche Zahlen bezüglich der Mitglieder, weil es üblich ist, bei entsprechenden Meldungen und Verlautbarungen nicht nur die tatsächlichen Mitgliederzahlen anzugeben, sondern dazu die sogenannten Sympathisanten zu addieren.

Die Parteienförderung der KAS in der Mongolei konzentriert sich weiterhin auf die Unterstützung von Parteien bei der Verbesserung ihrer Organisationsstrukturen, zielt auf die Verbesserung der innerparteilichen Demokratie sowie der Ausbildung von jungen Nachwuchspolitikern. Hinzu kommt die Unterstützung bei der Professionalisierung von Kommunikationsstrukturen und bei der Erarbeitung transparenter und prägnanter programmatischer Aussagen. Die mongolische Parteienlandschaft ist zur Zeit kaum über unterschiedliche Programme zu definieren. In Zukunft wird es ein weiterer, wesentlicher Schwerpunkt bei den Aktivitäten zur Parteienförderung sein, die Vertreter der mongolischen Politik dahin gehend zu beraten, Parteiengesetze und insbesondere die Gesetze zur Parteienfinanzierung transparenter zu gestalten. Die Asymmetrien bezüglich der materiellen Ressourcen müssen ausgeglichen werden.

PARTEIENFÖRDERUNG IM RAHMEN DES „POLITIKDIALOGS SÜDOSTASIEN“ (ICAPP)

Neben zahlreichen Dialogmaßnahmen im Bereich der Parteienzusammenarbeit wie z. B. Workshops im Rahmen der *Asian Political and International Studies Association* (APISA) oder die Vernetzung asiatischer Parteien mit der regionalen *Centrist Democrat International* (CDI Asia-Pacific) bildet die *International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP) einen Schwerpunkt des Politikdialogs der KAS in Südostasien. Die ICAPP wurde mit der Zielsetzung ins Leben gerufen, in Asien die Zusammenarbeit mit politischen Parteien zu fördern. Die erste internationale Konferenz asiatischer politischer Parteien tagte im September 2000 in Manila. An deren Zustandekommen war der damalige CDI-Vizepräsident und Sprecher des philippinischen Abgeordnetenhauses, José de Venecia, maßgeblich beteiligt. Mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung bereitete er die Konferenz in Manila vor. Als Ergebnis des Parteientreffens wurde eine gemeinsame Erklärung zu den Themen „Frieden und Sicherheit in Asien“, „Entwicklung der Demokratie“ und „Wirtschaftliche Entwicklung“ verabschiedet. Die Parteienvertreter einigten sich ferner auf eine Serie von Fortsetzungsveranstaltungen, die 2002 in Bangkok, 2004 in Peking und 2006 in Seoul stattfanden. Zur Vorbereitung wurde ein *Standing Committee* eingerichtet, dem wichtige

politische Persönlichkeiten aus ganz Asien angehören. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist durch ihr Vorstandsmitglied Professor Günter Rinsche ebenfalls im *Standing Committee* vertreten.

Die letzte asiatische Parteienkonferenz (Seoul) stand unter dem Generalthema „Frieden und Entwicklung in Asien“. Parallel zu dem Plenum wurden in drei Arbeitskreisen Stellungnahmen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der Kooperation erarbeitet. Die Arbeitskreise beschäftigten sich mit den Themen regionale Sicherheit und politische Stabilität, Armutsbekämpfung und gute Regierungsführung sowie Schaffung einer Asiatischen Gemeinschaft (*East Asian Community*). Einstimmig verabschiedet wurde die *Seoul Declaration on Peace and Prosperity in Asia*, welche u. a. die wichtige Rolle politischer Parteien bei den Entwicklungsprozessen in Asien ausdrücklich hervorhebt. Zu den wichtigen Aufgaben der politischen Parteien gehören dabei u. a. Demokratie, „gute Regierungsführung“, Freiheit, Rechtsstaatsentwicklung und die Menschenrechte. Dafür wiederum wären gemeinsame regionale Sicherheitsstrukturen, eine partizipative Grundordnung und eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit wichtige Voraussetzungen. Die KAS war – wie schon zuvor bei den ICAPP Veranstaltungen in Manila und Bangkok – bei den Planungen involviert und konnte so direkt auf die Konferenzgestaltung einwirken.

Die Diskussionen auf den ICAPP-Konferenzen, den Parteienworkshops und Seminaren weisen immer wieder auf die Hauptprobleme der politischen Parteien in Asien hin:

- institutionelle Defizite (zersplitterte Parteienlandschaft, instabile Parteiensysteme);
- organisatorische Defizite: (starke Personenbezogenheit, niedriges Organisationsniveau);
- ideologische Defizite (nur symbolische Unterschiede, kaum ideologisches Profil);
- programmatische Defizite (vage Parteiprogramme);
- personelle Defizite (paternalistischer und klientelistischer Charakter, häufige Parteienwechsel).

Weitere oft genannte Probleme sind der Zentralismus und ein fehlender interner Meinungspluralismus, Korruption, keine geregelte Parteienfinanzierung und mangelhafte Parteiengesetze, geringe Mitgliederzahlen und Geschlossenheit bzw. Kohärenz und schließlich geringe Wertschätzung in der Bevölkerung.

In ihren Beiträgen weisen die Parteienvertreter aber auch immer wieder auf die Rolle der politischen Parteien als wichtigem Transmissionsriemen der politischen Partizipation und im Demokratisierungsprozess hin.

Auch mehr regionale und multilaterale Kooperation zwischen politischen Parteien wird dabei immer wieder angeregt, um die Verständigung und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu fördern. Ferner werden die besondere Verantwortung der Parteien gegenüber den Menschen und der Kampf gegen die Korruption regelmäßig angemahnt. In diesem Zusammenhang wurde z. B. auch die Forderung erhoben, dass die Parteien ihr Handeln stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten müssten.

ICAPP hat sich als Forum etabliert und bewährt, das der Bildung von Netzwerken sowohl zwischen Parteien aus verschiedenen asiatischen Ländern, als auch mit anderen Institutionen fördert und ermöglicht. Den Parteien aus jungen und etablierten Demokratien wie auch aus so genannten „hybriden Systemen“ und nicht-demokratischen Ländern wird es dabei ermöglicht, voneinander zu lernen, sich untereinander auszutauschen, globale und regionale Fragen zu erörtern und sich ganz allgemein ihrer Bedeutung und Verantwortung bewusst werden. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Nebeneffekt, dass die Parteienvertreter bei diesen Zusammenkünften auch mit ausländischen Institutionen der Parteien- und Demokratieförderung direkt in Kontakt treten.

Vor diesem Hintergrund ist die Präsenz der KAS bei dieser sowie den zukünftigen Konferenzen gar nicht hoch genug einzuschätzen, um hochrangige Parteikontakte aufzubauen bzw. zu pflegen. Gerade im Hinblick auf die „Patenschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung bei der Gründung von ICAPP, sowie angesichts der Exklusivität europäischer Anwesenheit ist die Teilnahme auch für das Erscheinungsbild der Stiftungsarbeit in Asien – sowohl in der Öffentlichkeit als auch in Fachkreisen – von großer Bedeutung.

Die Zusammenarbeit mit Parteien in Asien ist nicht immer einfach und sie gestaltet sich in der praktischen Umsetzung gelegentlich vielschichtig. Das bisherige Ergebnis ist zwar nicht enttäuschend, aber die Erwartungen dürfen auf kurze bzw. mittlere Sicht auch nicht zu hoch angesetzt werden. Es lohnt sich aber auf jeden Fall, mit der eingeschlagenen Parteienzusammenarbeit fortzufahren und diese, wenn möglich, zu intensivieren. Schließlich bilden Parteien den Mittelpunkt der repräsentativen Demokratie und der Demokratisierungsprozesse und verlangen daher auch in der Regionalkonzeption und der Projektarbeit einer politischen Stiftung nach einem entsprechend wichtigen Stellenwert.

EUROPA

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Bosnien und Herzegowina ist aus dem Konflikt der Jahre 1992 bis 1995 als höchst komplizierter und fragmentierter Staat hervorgegangen. Der Friedensvertrag von Dayton, 1995 geschlossen, stellte zwar die Souveränität des Landes unter internationaler militärischer und ziviler Aufsicht wieder her, doch schuf die Dayton-Verfassung zugleich zwei weitgehend autonome Entitäten, die gemeinsam den Staat bilden. Dayton beendete den Krieg, verhinderte den Zerfall des Landes und schuf einen komplexen Staat, dessen Einordnung als Föderation nicht leicht vorzunehmen ist. Der Staat Bosnien und Herzegowina, bestehend aus der Föderation Bosnien-Herzegowinas (mit 51 Prozent des Staatsgebietes) und der Republika Srpska (mit 49 Prozent des Territoriums), hat erst in den letzten zwölf Jahren unter der Aufsicht der internationalen Gemeinschaft entscheidende Schritte zur Institutionalisierung als Staat gemacht. Heute weist er konföderale, föderale und auch zentralstaatliche Elemente auf. Verteilt auf drei Regierungsebenen (Gesamtstaat, Entitäten und Kantone) können 14 Regierungen mit etwa 150 Ministerien gezählt werden. Diese Zahl ist gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl von etwa vier Millionen auf einer Fläche von 51.000 km² zu hoch.

Obwohl der Staat Bosnien-Herzegowinas nicht abschließend definiert und etabliert ist, kann von starken Elementen einer präsidentiell-parlamentarischen Konsensdemokratie gesprochen werden. Allerdings liegt die tatsächliche Macht bei dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina (HR). Dieser besitzt mit den Sondervollmachten, den so genannten *Bonn Powers*, das wichtigste Instrument der „Deblockade“ und gibt den Takt der Reformen an. Ein Ende der Anwendung der Sondervollmachten und eine Schließung des Amtes des HR müssen daher an eine Reform der Verfassung Bosnien und Herzegowinas gebunden werden. Jüngste Reformvorschläge beabsichtigen, die Dreier-Präsidentschaft (gemäß Verfassung bestehend aus je einem Bosniaken, Serben und Kroaten) zu schwächen und dem Ministerrat größere Kompetenzen zu übertragen. Diese Dreier-Konstellation in der Präsidentschaft des Gesamtstaates zieht sich ebenfalls, obwohl abgewandelt, durch die Präsidentschaften der beiden Entitäten, wo das Prinzip der Konstitutivität, gemeint als Gleichrangigkeit der drei Völker, gilt. Mittlerweile hat dieses Prinzip, das im Jahr 2000 vom Verfassungsgericht Bosnien und Herzegowinas festgelegt wurde, auch dazu geführt, dass in den jeweils zweiten Kammern der drei Hauptparlamente (des Gesamtstaates und der beiden

Entitäten) Proporzsysteme eingeführt wurden. Die als Konsensdemokratie angelegte Staatsverfassung leidet jedoch an den ihr immanenten Brems- und Verhinderungsmechanismen und der noch offenen Frage, wie die Völker des Landes als Solidargemeinschaft zusammenleben wollen und können.

Während Staat und Gesellschaft zur Versäulung tendieren, strukturiert die Nationszugehörigkeit auch das Parteiensystem bzw. die drei nebeneinander bestehenden Parteiensysteme Bosnien und Herzegowinas. Nachrangig sind Konfliktlinien wie Marktwirtschaft vs. soziale Gerechtigkeit, autoritäre vs. libertäre Politik. Fragen wie Ökologie und Werte spielen kaum eine Rolle. Der politische Einsatz für den Schutz der eigenen Nation dominiert das System. Die Bezeichnung „Volkspartei“ wird quer durch das ethnische Spektrum gerade von den nationalen Parteien in Anspruch genommen, sowie von einigen kleineren Parteien, die versuchen, den nationalen Parteien ihren Alleinvertretungsanspruch für ethnische gruppenspezifische Interessen streitig zu machen.

DIE PARTEIENLANDSCHAFT BOSNIEN UND HERZEGOWINAS

Der Transformationsprozess Bosnien und Herzegowinas wurde – wie in den anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens – mit den ersten freien Wahlen 1990 eingeleitet. Der demokratische Wettbewerb beschränkte sich jedoch weitgehend auf eine Konfrontation zwischen den drei neu gegründeten nationalen Parteien (der bosniakischen Partei der Demokratischen Aktion SDA, der Serbischen Demokratischen Partei SDS und der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft HDZ) und dem Bund der Reformkräfte, der von Ante Marković gegründet wurde, nachdem sich der Bund der Kommunisten Jugoslawiens im Januar 1990 aufgelöst hatte.

Obwohl die Wahlen zu einem Machtwechsel führten, kann von tatsächlicher Demokratisierung nur eingeschränkt die Rede sein. Denn die drei Regierungsparteien teilten zwar pro forma die Regierungsverantwortung, nicht aber eine gemeinsame Zukunftsvision. Der fehlende Konsens über die Unabhängigkeit Bosnien und Herzegowinas und der Zerfall Jugoslawiens ab 1991 verhinderten so auch grundlegende Reformen.

In den ersten Nachkriegsjahren, zwischen 1996 und 2000, regierten die sog. „nationalistischen Parteien“ (die auch zeitweise Kriegsgegner waren) gemeinsam – obwohl bereits vor dem Krieg ihre diametral entgegengesetzten politischen Ziele zu einer weitgehenden Handlungsunfähigkeit geführt hatten. Diese maximalen Koalitionen verband weder ein gemeinsames übergeordnetes Ziel noch ein Koalitionsvertrag. Hinzu kam, dass der Gesamtstaat mit einem Ministerrat, bestehend aus drei Ministerien, auch wenige Kompetenzen besaß. Dem Einsatz der internationalen Gemeinschaft ist daher vor allem zu verdanken, dass der Gesamtstaat seit 2000 eine Stärkung erfahren hat (und heute neun Minister den Ministerrat Bosnien und Herzegowinas bilden), auch wenn der Gesamtstaat selbst noch fragil ist.

In der Wahlperiode zwischen 2000 und 2002 regierte dann ein Zehn-Parteien-Bündnis *Alliance for Change* unter den damals als gemäßigt geltenden Parteien (SDP und SBiH). Seither hat die Parteienvielfalt zugenommen und sich danach wieder konsolidiert – so nahm die Anzahl der zu den allgemeinen Wahlen zugelassenen Parteien von 2002 (57 Parteien) auf 2006 (36 Parteien) ab. Doch mit Ausnahme von drei um ein „überethnisches“ Profil bemühten Parteien sortiert sich das Spektrum nach wie vor maßgeblich nach ethnischen und nicht nach programmatischen Orientierungen. Zwar sind ordnungspolitische Standpunkte zumeist in Parteiprogrammen zu finden, die an entsprechende Programme aus dem westeuropäischen Parteienspektrum angelehnt sind, für das politische Alltagshandeln vor Ort sind sie jedoch kaum relevant. Dennoch treten Elemente und Ansätze konservativer, sozial-demokratischer, liberaler und grüner Parteien in nahezu allen drei Parteiensystemen zunehmend stärker zutage. So hat das zunächst weitgehend homogene Einparteiensystem in den letzten fünf Jahren doch eine positive Entwicklung genommen. Gleichzeitig öffnen sich die vormals nationalen Parteien für Angehörige aller Nationen. Diese haben in nationaler Rhetorik geschulte Konkurrenz bekommen und ihr Wählermonopol verloren: die SDA durch SBiH, die SDS durch SNSD, die HDZ durch die HDZ 1990.

In Bosnien und Herzegowina entwickelt sich damit seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft ein Mehrparteiensystem auf der Grundlage der Konflikte zwischen den drei im Lande lebenden Völkern/Nationen. Angehörige von Minderheiten haben nach dem im Einklang mit der Verfassung stehenden Wahlsystem keine Möglichkeit, für bestimmte Ämter gewählt zu werden (Präsidentschaftsmitglieder, Entitätspräsidenten, zweite Kammer des gesamtstaatlichen Parlamentes). Koalitionsabsprachen stehen im Zeichen der Bildung ethnischer Blöcke. Andererseits ist die Aufteilung zwi-



Der Hohe Repräsentant und Sonderbeauftragte der EU für BuH, Dr. Christian Schwarz-Schilling, auf der von der KAS organisierten Tagung zur Verfassungsreform am 22. Mai 2007 in Sarajevo.

schen „Nationalisten“ und „Moderaten“ nicht mehr haltbar. Derzeit stehen sich so quasi drei getrennte Parteiensysteme gegenüber, die jedoch jeweils Ähnlichkeiten mit Parteienspektren westlicher Demokratien aufweisen. Diese Spaltung in getrennte Parteiensysteme zu überwinden ist ein Hauptanliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bosnien und Herzegowina.

PARTEIENFÖRDERUNG DER KAS IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Die Beratungs- und Bildungsmaßnahmen der KAS zur Parteienentwicklung in Bosnien und Herzegowina richten sich primär an die drei Parteien, die im Dezember 2004 den EVP-Beobachterstatus erhielten. Die Partei der Demokratischen Aktion (SDA), die Partei des Demokratischen Fortschrittes (PDP) und die Kroatische Demokratische Gemeinschaft Bosnien und Herzegowinas (HDZ BuH), bezeichnen sich als konservative Parteien der Mitte, obwohl alle drei zunächst als stark ethnisch geprägte Parteien gesehen werden müssen. Ihr politischer Einfluss hat durch Abspaltungen und Parteineuergründungen zwar abgenommen, doch waren und sind alle drei Parteien bis auf die kurze Zeit von 2001 bis 2002 Regierungsträger Bosnien und Herzegowinas.

Vorrangiges Ziel der KAS ist es, diese drei EVP-Parteien stärker miteinander ins Gespräch zu bringen und mittelfristig zu zuverlässigen Koalitionspartnern zu machen. Die Aufnahme und die Arbeit in der EVP haben positive Entwicklungen ausgelöst und die moderaten Kräfte in den Parteien gestärkt. Flankierend dazu haben die Anstrengungen der KAS bewirkt, dass sich die einstigen Kriegsgegner als Partner zu verstehen beginnen. Es zeichnet sich auch ab, dass die KAS zwar mittelfristig noch als Mediator zwischen den drei Seiten gebraucht wird, doch die Eigeninitiative zu Kooperationen zunimmt und diese Mediation langfristig ablösen wird.



Peter Radunski, Experte für politische Kommunikation und Wahlkampfmanager, referiert auf einer Veranstaltung der Politischen Akademie der KAS in Bosnien und Herzegowina; links im Bild die Leiterin des Auslandsbüros Bosnien und Herzegowina, Dr. Christina Catherine Krause.

Auf den Parteitagen der EVP-Beobachter 2005 und 2006 konnte registriert werden, dass die Vernetzung mit der EVP und den EVP-Mitgliederparteien kontinuierlich besser wird. Im Allgemeinen positiv ist die Entwicklung der SDA und PDP zu sehen, die ihr Erscheinungsbild als Parteien des ganzen Staates weiterentwickeln. Negativ ist jedoch die Entwicklung der HDZ BuH zu beurteilen. Die Wahl Dragan Covićs zum Parteivorsitzenden im Juni 2005 hat eine Abwendung von der EVP und ihren Werten mit sich gebracht. Seit Januar 2006 ist der Vorstand der HDZ BuH von der EVP mit einem „Embargo“ belegt. Diese Abwendung der HDZ BuH von der EVP hat u. a. zu der Neugründung der HDZ 1990 im März 2006 geführt. Die HDZ 1990 ist als nahezu ebenbürtiger Konkurrent der HDZ BuH aus den Wahlen hervorgegangen.

Vertrauensbildung, Netzwerkbildung und Information/Weiterbildung der Mitglieder der EVP-Beobachterparteien stehen im Vordergrund der Maßnahmen der KAS in Bosnien und Herzegowina. Die drei Parteien – derzeit auch wieder an der staatlichen Regierung beteiligt – sind natürliche Partner, die sich langfristig zu einer völker- und konfessionsübergreifenden Kraft im Land entwickeln könnten. Bisher gestaltet sich ihre Zusammenarbeit jedoch sehr zurückhaltend und in der öffentlichen Wahrnehmung ist diese kaum sichtbar. Das Auslandsbüro fördert daher verstärkt deren engere Zusammenarbeit. Unsere Seminare sprechen

- den Parteiennachwuchs
- erfahrene Politiker und Funktionäre sowie
- die Führung der Parteien an.

Seit 2001 konzentriert sich das Auslandsbüro auf den bis dahin tabuisierten Dialog über den im Dayton-Vertrag festgelegten Staatsaufbau. Denn Dreh- und Angelpunkt der langfristigen Stabilität und Entwicklung Bosniens und Herzegowinas ist eine Verfassungsreform. Zwar wurde die Dayton-Verfassung faktisch durch die Urteile des Verfassungsgerichtes und die einfache Gesetzgebung weiterentwickelt, doch sind diese Fortschritte einerseits noch nicht ausreichend für das Funktionieren des Staates, andererseits sind die Fortentwicklungen auch nicht konstitutionell garantiert. Eine Absicherung in der Verfassung ist daher geboten. Auch stellt die Tatsache, dass die Verfassung Teil eines internationalen Vertrages ist, der auf englischer Sprache geschrieben wurde und nicht durch die Institutionen Bosniens und Herzegowinas legitimiert ist, ein Problem dar. Bis heute lehnt ein Großteil der Bevölkerung die Verfassung als Fremdkörper ab. Durch Einzelgespräche mit den Parteien, zwei Verfassungsberatungen in Cadenabbia (2005 und 2006) und weitere Fachseminare in Bosnien und Herzegowina konnte ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung, Professionalisierung und Entemotionalisierung der Diskussion geleistet werden und die Suche nach Kompromissen innerhalb und zwischen den Parteien unterstützt werden.

Neben dieser speziellen Beratung zum Thema Verfassungsreform bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Bosnien und Herzegowina weit gefächerte Bildungsmaßnahmen für unterschiedliche Zielgruppen an. Für junge Politiker aller Parteien werden vier gemeinsame Schulungsmaßnahmen im Jahr angeboten. Um junge Politiker aus den EVP-Beobachterparteien zu vernetzen, werden in Zusammenarbeit mit der SDA-Jugendorganisation Mladi za Mlade ebenfalls etwa vier Mal im Jahr Workshops organisiert. Im Mittelpunkt der Bildungsmaßnahmen steht jedoch die 2003 etablierte Seminarreihe Politische Akademie für erfahrene Politiker und Funktionäre der drei Volksparteien. Die Politische Akademie findet meist in Kooperation mit der niederländischen Eduardo-Frei-Stiftung statt und es wird dabei auch auf eine Abstimmung mit Aktivitäten anderer EVP-naher Organisationen geachtet (z. B. mit der Politischen Akademie der ÖVP). Die Thematik dieser Veranstaltung ist situations- und bedarfsabhängig. Neben Modellen des Föderalismus und Fragen des Parlamentarismus, werden Struktur und Funktionsweise demokratischer Parteien analysiert, politische Kommunikation trainiert und über die Werte und Ziele von Volksparteien gesprochen. In diese Veranstaltungen werden regelmäßig Vertreter der CDU, CDA oder EVP eingebunden um einen Austausch zwischen europäischen Politikern zu fördern. Dieses Engagement wird in Bosnien und Herzegowina sehr geschätzt.

SLOWAKISCHE REPUBLIK

Das Ziel des Engagements der KAS in der Slowakischen Republik liegt in der Verfestigung und Vertiefung der demokratischen Entwicklung und der Förderung pluralistischer demokratischer Strukturen. Trotz weit vorgeschrittener Entwicklung befindet sich die Parteienlandschaft in der Slowakei noch immer im Fluss. Deswegen sind der gesellschaftspolitische Dialog und die Kooperation mit Parteien und deren Bildungsinstitutionen ein wichtiger Bestandteil der Aufgabenstellung der KAS in der Slowakei. Vorrangig ist, die Kräfte der politischen Mitte zu stärken und eine enge sach- und themenorientierte Zusammenarbeit zu fördern.

ZUR GESCHICHTE DER PARTEIENENTWICKLUNG IN DER SLOWAKEI

In den Transformationsstaaten bestanden bis 1989 Einparteiensysteme oder faktische Einparteiensysteme im Rahmen von Blockparteien. Nach der Revolution orientierten sich die jungen Demokratien am Vorbild eingeführter westlicher repräsentativer demokratischer Systeme: Präsidialsysteme ebenso wie Zwei- oder Einkammernsysteme. Die Slowakei entschloss sich zur Einführung eines Einkammernsystems. Das Parlament trifft die wesentlichen legislativen Entscheidungen, der Ministerpräsident steht einem Kabinett vor und ist der Kopf der Exekutive.

Fast alle in den Transformationsstaaten heute existierenden demokratischen Parteien sind Neugründungen, denen sämtliche dieser Elemente im Grunde zunächst fehlten. Weitere Neugründungen (z. B. die SDKU) kamen hinzu, andere lösten sich nach einiger Zeit wieder auf. Demokratisch legitimierte Parteien sind der Garant für die Etablierung dauerhafter politischer Strukturen.

Das Parteiensystem in der Slowakischen Republik hat sich weitgehend konsolidiert. Aus den letzten Wahlen gingen die Volksparteien der Mitte gestärkt hervor. Die Wähler konzentrieren sich in ihrem Votum im Wesentlichen auf die im Parlament vertretenen Parteien, derer es jetzt nur noch sechs gibt. Die für den Beginn der 1990er Jahre für Transformationssysteme kennzeichnende Zersplitterung geht deutlich zurück. Alle wesentlichen politischen Strömungen inklusive der Minderheitsvertretungen (SMK) sind im Parlament vertreten und das Gros der Parteienvertreter ordnete sich im europäischen Parlament bestehenden Fraktionen zu. Dies korrespondiert auch mit der Eingliederung fast aller maßgeblichen slowakischen Parteien in europäische politische Dachorganisationen.

Die Slowakei durchlief in der Folge der „Samtenen Revolution“ 1989 unterschiedliche Etappen, die die parteipolitische Szene nachhaltig prägten. Zum 1. Januar 1993 erfolgte die Trennung von Tschechien. In den Jahren 1992 bis 1998 (bis auf ein kurzes Intermezzo der Regierung der demokratischen Kräfte des liberalen Premiers Jozef Moravčík von März bis Dezember 1994) regierte das Bündnis für eine demokratische Slowakei (LS-HZDS) des slowakischen Premiers Vladimír Mečiar. Die Regierung Mečiar war umstritten und galt als undemokratisch und autoritär.

Die demokratische Entwicklung in der Slowakei begann gewissermaßen verspätet und musste aufgrund der Versäumnisse und Fehlentwicklungen der Regierung Mečiar gegenüber den Nachbarstaaten im Reformprozess erheblich aufholen. Die Wahlen 1998 gewann, obwohl Mečiar's Partei erneut stärkste Kraft wurde, eine Allparteienkoalition unter Führung des christlich-demokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda. Angestrebt wurde die rasche Integration der Slowakei in die europäischen und transatlantischen Strukturen, d. h. in die Europäische Union und die NATO. Seit dem 29. März 2004 bzw. 1. Mai 2004 sind beide Ziele erreicht.

Das erste Mandat der Regierung Dzurinda war der außenpolitischen Rehabilitation gewidmet. Ministerpräsident Dzurinda und seinen Christdemokraten (SDKU) gelang es, gemeinsam mit der Partei der ungarischen Minderheit SMK, der konservativen christdemokratischen Bewegung KDH und der liberalen ANO eine bürgerliche Koalition zu formen. Dieser Regierung gelang es, eine stabile und zukunftsweisende Politik zu betreiben. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode wurde ein umfangreiches Reformpaket verabschiedet, das die Wettbewerbsfähigkeit des Landes entscheidend verbesserte. Die zügige Liberalisierung der Volkswirtschaft führte zu starkem Wirtschaftswachstum und höheren Steuereinnahmen.

Die Bevölkerung schien diesen Kurs zu honorieren. Die konservativen Parteien gewannen in der Folge Kommunal- und Europawahlen. Im Juni 2006 wurde die seit acht Jahren amtierende Regierung Dzurinda allerdings abgelöst, Tempo und Umfang der Reformen wurden kritisiert.

Robert Fico von der linkspopulistischen SMER-SD löste den bisherigen Regierungschef Mikuláš Dzurinda von der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU) ab. Trotz zahlreicher in- und ausländischer Warnungen ließ sich die SMER nicht von einer Koalition mit der nationalistischen Slowakischen Nationalpartei (SNS) abhalten. Auch der weitere Koalitions-



Martin Fedor, Verteidigungsminister a. D., Parlamentsabgeordneter der SDKU-DS auf einem Seminar der KAS in Bratislava.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (zu diesem Zeitpunkt CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag) im Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten der Slowakei, Mikuláš Dzurinda. Im Hintergrund: Dr. Stefan Gehrold, Auslandsmitarbeiter der KAS für die Tschechische Republik und die Slowakei.

partner, die vom Ex-Premier Vladimír Mečiar geführte Volkspartei-Bewegung für eine demokratische Slowakei (LS-HZDS), ist international wenig angesehen. Zwar wurde letztlich die politische Mitte gestärkt und einer Zersplitterung des Parteiensystems entgegengewirkt. Allerdings zeugt die Zusammensetzung der Regierung von der Bereitschaft, antidemokratische Gruppierungen am politischen Meinungsbildungsprozess teilhaben zu lassen. Alle drei christlich-demokratischen Parteien sind jetzt in der Opposition.

DIE KAS UND IHRE PARTNER

Die KAS arbeitet in der Slowakei seit Beginn der 1990er Jahre mit der KDH und der Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung (MKDH), später mit der SMK zusammen, die im Juni 1998 aufgrund eines Zusammenschlusses von drei ungarischen Parteien: der MKDH (Ungarische Christlich-demokratische Bewegung), der Bewegung *Együttélés* („Zusammenleben“) und der MOS (Ungarische Bürgerpartei) entstand. Die SDKU entstand im Jahr 2000 aus führenden Persönlichkeiten und Mitgliedern der christlich-demokratischen Bewegung (KDH), Einzelnen aus der Demokratischen Partei (DS) und durch Verschmelzung mit der Demokratischen Union (DU) und ist derzeit die wichtigste Partei im konservativ-bürgerlichen Lager. Die drei Parteien sind als demokratische Parteien anerkannt und sind Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei (EVP).

Die Stiftung wirkt grundsätzlich nicht durch politische Parteien. Vielmehr sind parteinahe Bildungs- und Jugendorganisationen im Gastland (u. a. Anton-Tunega-Stiftung, Assoziation Universum, Stiftung Demokratie, Lazslo Mecs-Stiftung) Partner der Stiftung. Diese Orga-

nisationen widmen sich der Qualifizierung von Mandatsträgern, Parteifunktionären, Wissenschaftlern und parteinahen Vertretern der Zivilgesellschaft.

Zur Konsolidierung der Parteistrukturen verfolgt die KAS in der Slowakei im Wesentlichen drei Ziele:

- Professionalisierung der Parteiarbeit (Außen-darstellung, programmatische Tiefe),
- aktive Teilnahme der jungen Generation an der Parteiarbeit und
- die Stärkung der Kooperation mit anderen Parteien der politischen Mitte.

Die Konzentration parteipolitischer Strukturen durch Koalitionsbildung und/oder Parteienverschmelzung wirkt der Zersplitterung der Parteienlandschaft entgegen. Dies schafft klare parlamentarische Optionen und klare Optionen für den Wähler. Die Konzentration im Rahmen supranationaler Dachorganisationen fördert programmatische Profilierung und den konstruktiv-kritischen Abgleich politischer Positionen.

Die KAS kann hier in der Slowakei auf Erfolge verweisen, denn die drei der Stiftung nahe stehenden Parteien verfügen mittlerweile über ein akzeptables Mitgliederpotential, sind als demokratische Parteien anerkannt, gaben sich strukturierte Grundsatz- und Wahlprogramme, sind organisatorisch aufgestellt und haben eine funktionierende Parteiadministration, sind seit vielen Jahren auf allen Ebenen mit gewählten Volksvertretern präsent, koalieren mit demokratischen Parteien auf allen legislativen Ebenen und ordnen sich supranationalen politischen Dachorganisationen (EVP) zu.

FAZIT

Dennoch bleiben Defizite in der slowakischen Parteienlandschaft. Die Etablierung einer linkspopulistisch-nationalistischen Regierungskoalition in der Slowakei ist bedenklich. Die Bereitschaft mit offensichtlich systemfeindlichen Gruppierungen zu kooperieren, gibt Anlass zur Sorge um die Demokratiereife innerhalb der politischen Elite des Landes. Die Mitgliederdichte der Parteien ist niedrig (etwa vergleichbar der Ostdeutschlands). Nicht immer ist zu konstatieren, dass die Parteiprogrammatik Bestandteil der politischen Entscheidungen ist. Trotz des erstaunlichen Konzentrationsprozesses existiert noch Raum für weitere Parteienverschmelzungen. Diese Entwicklung würde der Gefahr der parteipolitischen Zersplitterung vorbeugen, die nicht selten zu einer sinkenden, die demokratische Entwicklung behindernden, Bürgerpartizipation führt. Auch sind die Parteistrukturen zwar flächendeckend, aber häufig wenig leistungsfähig. Schließlich könnte die Kommunikation mit Medien und Bürgern bei entsprechender Qualifizierung von Funktions- und Mandatsträgern verbessert werden.

Die Parteienförderung der KAS in der Slowakei ist einen langen und erfolgreichen Weg gegangen. Doch es bleibt noch viel zu tun. Es liegt im Interesse Deutschlands und Europas, dass die demokratische Entwicklung in den Transformationsstaaten weitergeht. Die Konsolidierung dieser Strukturen stärkt die Europäische Union und schafft Verbündete, die selbst über die Union hinaus stabilisierend wirken (die Slowakei grenzt an die Ukraine). Dies sind Voraussetzungen dafür, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand dauerhaft ein Markenzeichen unserer europäischen Heimat bleiben.

UKRAINE

Im nunmehr 15 Jahre währenden Transformationsprozess der Ukraine seit dem Ende der Sowjetunion war das Parteiensystem immer wieder extremen Veränderungen unterworfen. Es ist durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet und kann kaum als konsolidiert angesehen werden. Die derzeit agierenden wichtigsten drei Parteien *Volksunion Nascha Ukraina*, *Batkiwtschyna* und Partei der Regionen waren noch vor wenigen Jahren unbedeutend bzw. existierten noch nicht. Noch immer ist im Vorfeld von Parlamentswahlen eine sehr hohe Dynamik von Gründungs- und Spaltungsprozessen sowie Zusammenschlüssen zu beobachten. Auch das politische System der Ukraine insgesamt wurde im Verlauf der unstillen Transformation durch Verfassungsänderungen, Kompetenzanpassungen von Schlüsselinstitutionen und häufige Revisionen des Wahlrechts immer wieder tiefgreifend umgestaltet.

Vor dem Hintergrund dieser unbeständigen Rahmenbedingungen kooperiert die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Gründung des Auslandsbüros Ukraine im Jahr 1994 intensiv mit unterschiedlichen Parteien des Mitte-rechts-Spektrums. In den Anfangsjahren der Arbeit existierte mit „Ruch, Reformen und Ordnung“, der CDU, der Ukrainischen Volkspartei und zahlreichen weiteren kleinen Parteien eine ganze Reihe von nationaldemokratischen, konservativen und christlich-demokratischen Kräften, die in dieser Zeit vor allem den gut organisierten postkommunistischen Parteien im linken Teil des politischen Spektrums gegenüberstanden. Die Parteienförderung der KAS zu dieser Zeit zielte vor allem auf die Überwindung der extremen Fragmentierung des christlich-demokratischen und nationaldemokratischen Lagers und die Bildung einer gemeinsamen, programmatisch konsolidierten, großen Volkspartei der rechten Mitte ab. Eine wichtige Form der Förderarbeit waren vor allem Studien- und Informationsreisen von Führungs- und Nachwuchspersonal dieser Parteien nach Deutschland und Brüssel. Bereits in dieser Zeit gelang es durch Reisen, Besuche und gemeinsame Seminare persönliche Kontakte zwischen Politikern der Ukraine und Partnern in der CDU Deutschlands und der Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei aufzubauen, die zum Teil bis heute tragen.

Die Seminare zur politischen Bildung in der Ukraine stellten zunächst vor allem die programmatische Entwicklung der Parteien und die Orientierung an zentralen Grundwerten in den Vordergrund. Das betraf die Positionierung zum Schutz des Privateigentums ebenso wie die Entwicklung von politischen Konzepten aus dem Grundwert der Freiheit des Individuums, die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung in Orientierung am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und das Bekenntnis dieser Parteien zur Europäischen Integration. Immer wieder dienten die thematisch fokussierten KAS-Veranstaltungen vor allem auch als Forum für die Kommunikation der zerstrittenen und miteinander konkurrierenden Parteien des Mitte-rechts-Spektrums untereinander und für Versuche einer Annäherung. Es war schließlich kein Zufall, dass im März 2001 die Bildung des Wahlbündnisses *Nascha Ukraina* aus einigen dieser fragmentierten Parteien auf einer Klausurtagung unter neutraler Moderation der KAS konzipiert werden konnte.

Rückblickend ist festzustellen, dass in Bezug sowohl auf die rudimentären programmatischen Konturen der Partnerparteien als auch auf die Annäherung an europäische Partner und Konzepte in dieser Phase einige Erfolge erzielt werden konnten.

Allerdings war bis zu den Ereignissen der Orangenen Revolution im Jahr 2004 eine Stabilisierung und Vertiefung des ukrainischen Parteiensystems nicht zu beobachten. Während der Amtszeit von Präsident Kutschma besaßen politische Parteien durch die Bündelung der Kompetenzen in der Präsidentialadministration und die starke Abwertung des Parlaments nur periphere Bedeutung. Die Parteien der Ukraine tragen noch immer starken Projektcharakter. Sie sind in erster Linie personenzentrierte Netzwerke, die stark mit ökonomischen Interessen ihrer Betreiber verflochten sind.

Durch die Orangene Revolution und die zum Januar 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen mit einer deutlichen Aufwertung des Parlaments und der Einführung eines Wahlsystems mit geschlossenen nationalen Parteilisten entfaltete die Parteienentwicklung der Ukraine zuletzt eine neue Dynamik. Es ist seitdem eine signifikante Tendenz zur Blockbildung und zum Zusammenschluss in größere Parteien zu verzeichnen. Während noch zur Wahl 2006 42 Parteien und Blöcke zugelassen wurden, sind nunmehr für die vorgezogenen Parlamentswahlen am 30. September 2007 nur noch 19 Listen registriert worden, von denen schließlich nur zwischen drei und fünf als Fraktionen im Parlament vertreten sein werden. Die wichtigsten Akteure sind der Block *Nascha Ukraina* – Selbstverteidigung des Volkes, der erstmals alle Mitte-rechts-Kräfte mit einer realistischen Perspektive der Gründung einer gemeinsamen großen Partei vereinigt, der Block *Timoschenko* mit der Kernpartei *Batkivschtschyna* sowie die Partei der Regionen.

Der Block *Nascha Ukraina* – Selbstverteidigung des Volkes bildet, nicht zuletzt aufgrund des Beobachterstatus von *Nascha Ukraina* und „Ruch“ bei der Europäischen Volkspartei, den wichtigsten Partner der KAS. Aktuelle Formen der Förderung sind vor allem Workshops und Beratungsleistungen zur Professionalisierung der Fraktionsarbeit und zur Ausgestaltung von Mechanismen der internen Kommunikation der Partei, insbesondere in Bezug auf die Verbindung der nationalen Ebene mit den regionalen Strukturen. In der Umsetzung der Seminare wird methodisch vor allem Wert auf die konkrete Anwendbarkeit und Umsetzung in der Parteiarbeit und praxisorientierte Wissensvermittlung in Form von Simulationen, Gruppenarbeiten und Bearbeitung von Fallstudien gelegt.

Vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten Volatilität und der noch immer unscharfen programmatischen Konturen aller Parteien bindet die KAS sich jedoch nicht ausschließlich an einen Partner und arbeitet im Bereich der Parteienförderung ebenso mit gemischten Gruppen, die Personal aus den drei wichtigsten Parteien zusammenführen, wie auch direkt mit *Batkivschtschyna/Block Timoschenko* und der Partei der Regionen zusammen. In diesen Veranstaltungen geht es vor allem um Nachwuchsförderung und die Entwicklung von Rekrutierungsmechanismen der Parteien für politisches Personal, die Professionalisierung der Abgeordneten aller Parteien in lokalen und regionalen Parlamenten, die Wahrnehmung einer echten funktionalen Interessenvertretung durch die Parteien und die Unterstützung der Jugendorganisationen. Von hoher Bedeutung bleibt dabei auch die Portalfunktion des Auslandsbüros für ukrainische Politiker nach Berlin und Brüssel.



Zusammenarbeit der Volkunion Nascha Ukraina mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine

Bereits lange vor der eigentlichen Gründung der politischen Partei „Volkunion Nascha Ukraina“ im März 2005 gab es intensive Kontakte führender Politiker aus verschiedenen Parteien des bürgerlichen Spektrums in der Ukraine zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Während gemeinsamer Veranstaltungen und Informationsprogramme der KAS in Deutschland wirkten wir zusammen darauf hin, diese Parteien zu programmatischer Zusammenarbeit zu führen, um in der Perspektive zur Bildung einer einheitlichen Volkspartei europäischen Musters zu kommen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die die Rolle eines Moderators unter heterogenen politischen Kräften der ukrainischen rechten Mitte einnahm, hat dazu beigetragen, dass im Juli 2001 das Wahlbündnis „Nascha Ukraina“ unter Führung von Viktor Juschtschenko ins Leben gerufen wurde. Profil und Programmatik dieses Wahlbündnisses wurden im Vorfeld der Gründung auf einer Klausurtagung in Berlin im März 2001 unter Moderation der KAS-Experten Hans-Joachim Veen und Peter Radunski erarbeitet.

Der überzeugende Wahlsieg des Wahlbündnisses Nascha Ukraina 2002 (23,57 Prozent) und die Bildung einer Parlamentsfraktion von anfangs 108 Abgeordneten (von insgesamt 450 Sitzen, inklusive Direktmandate) ebneten den Weg zur Bildung einer rechtszentristischen Partei einerseits und brachten neue Herausforderungen andererseits. Die Zusammenarbeit mit der KAS konzentrierte sich in dieser Etappe auf die Schärfung der Wirtschafts- und Sozialprogrammatisierung der künftigen Volkspartei und die Beratung zum Zusammenhalt und zur Führung der größten Fraktion im Parlament, die nach wie vor ein recht weites Spektrum von Parteien und Gruppierungen repräsentierte. Diesem Ziel dienten Workshops und Studienreisen für Parlamentsabgeordnete, die für die Politiker des NU-Wahlbündnisses oft die einzige Möglichkeit darstellten, Kontakte zur CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu knüpfen. Die internationale Zusammenarbeit von Nascha Ukraina verläuft mit wesentlicher Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Bedeutung des Austausches mit CDU-Politikern und Mitgliedern der Jungen Union sowie Fachgespräche mit Fraktionsexperten über die Rolle und Aufgaben einer Fraktion, die Fragen der Koalitionsbildung etc. sind für uns von hoher Bedeutung. In vielen Fällen steht das Auslandsbüro Ukraine der KAS als wichtiges Portal für Kontakte unserer Partei zur CDU und EVP zur Verfügung. Dank dieser tatkräftigen Unterstützung der internationalen Parteienzusammenarbeit

seitens der KAS erhielt bereits 2003 das damalige Wahlbündnis Nascha Ukraina einen Beobachterstatus bei der EVP, der nach der Gründung der Volkunion Nascha Ukraina auf die Partei übertragen wurde.

Die Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen 2004 setzte neue Akzente in der Zusammenarbeit und schob die Arbeit an der Bildung einer Volkspartei in den Hintergrund. Zum Schwerpunkt wurde die Erarbeitung von Strategien zur Konsolidierung politischer und sozialer Kräfte in der Ukraine erhoben, um eine breitere Wahlallianz der Mitte zur Unterstützung von Viktor Juschtschenko aufzubauen. In einer Zeit, in der Nascha Ukraina von der Oppositionsrolle aus und praktisch in einer Extremsituation der totalen Medienblockade agieren und gegen die administrativen Ressourcen des Machtfavoriten Janukowytsch kämpfen musste, war die Unterstützung der KAS für uns besonders hilfreich.

Nach der Orangenen Revolution und dem Wahlsieg von Viktor Juschtschenko wurden wieder intensiv politische Gespräche über die Bildung einer gemeinsamen bürgerlichen Partei geführt. Am 5. März 2005 wurde die Volkunion Nascha Ukraina gegründet, die zahlreiche Anhänger und Teilnehmer der Orangenen Revolution zu konsolidieren vermochte. In Absprache mit der Partei- und Fraktionsführung widmet sich die Zusammenarbeit der KAS mit der Partei, Fraktion und Jugendorganisation der Volkunion Nascha Ukraina im Jahre 2007 dem Thema „Politische Kommunikation und programmatische Durchdringung“ – mit dem Ziel, ein stabiles und funktionierendes System innerparteilicher Kommunikation aufzubauen. Auf den Workshops diskutieren die Teilnehmer über praktische Instrumente der innerparteilichen Kommunikation (Internet, Intranet, Informationssysteme etc.), die zum einen die tägliche Parteiarbeit optimieren und zum anderen die Parteimitglieder in die Diskussion über programmatische Eckpunkte einbeziehen. Angesichts der vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2007 wird zurzeit in Zusammenarbeit mit der KAS die Schulung von Wahlbeobachtern der Partei durchgeführt. Nach der Bildung der neuen Fraktion im ukrainischen Parlament werden wir die Veranstaltungen zur Professionalisierung der Fraktionsarbeit fortsetzen.

Ein großer und besonderer Dank gilt der KAS Ukraine für die langjährige Zusammenarbeit mit Nachwuchspolitikern, jungen kommunalen Mandatsträgern von NU und Aktivisten der im Oktober 2005 gegründeten Jugendorganisation der Partei „Junge Union Nascha Ukraina“, zu deren Bildung die KAS maßgeblich beigetragen hat. Die Seminare und Gesprächsforen der Konrad-Adenauer-Stiftung waren für mich selbst als junger Politiker der erste Kontakt mit deutschen und europäischen Erfahrungen in der Politik.

Vjatcheslaw Kyrylenko
Vorsitzender der Volkunion Nascha Ukraina

LATEINAMERIKA

CHILE

Der chilenische PDC (*Partido Demócrata Cristiano*) feiert im Jahr 2007 seinen 50. Geburtstag. Die Partei hat ihre Wurzeln in der Vorgängerorganisation der Falange, vor 70 Jahren. Diese Gruppierung war eine von jungen Politikern gegründete, an sozialchristlichen Vorstellungen orientierte politische Bewegung, die sich aus der konservativen Partei Chiles abspaltete und ein sozialreformerisches Programm vertrat, das durch die päpstlichen Enzykliken und die katholische Soziallehre stark beeinflusst war und sich daran ausrichtete.

Der PDC teilt mit der CDU Deutschlands die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die beide Parteien aus dem christlichen Menschenbild ableiten. Auch durch diese Grundüberzeugungen ist die Partei in das regionale Netzwerk der ODCA (*Organización Demócrata Cristiana de América*) eingebunden und ist Mitglied in der Christlich-Demokratischen Internationale (IDC).

DER PDC ALS POLITISCHE KRAFT DER MITTE

Mit ihrem charismatischen Führer, der Massen begeisterte und programmatische Antworten für die Herausforderungen der chilenischen Gesellschaft in den 1960er Jahren wählerwirksam formulieren konnte, gewann die Partei die Regierungsverantwortung 1964 als politische Kraft der Mitte. Sie regierte bis 1970 mit Präsident Eduardo Frei Montalva und legte in dieser Zeit die Grundlagen für die Modernisierung des Landes. In diese Jahre fiel auch die Entsendung des ersten KAS-Repräsentanten nach Santiago de Chile. Der starke Einfluss des Marxismus in der Hochzeit des „Kalten Krieges“, auch und besonders in Lateinamerika, beeinflusste die politischen Konzepte einflussreicher Teile der PDC-Elite. Zwei Abspaltungen links von der Mitte waren die Folge. MAPU (*Movimiento de Acción Popular Unitaria*) und IC (*Izquierda Cristiana*) unterstützten 1970 den Präsidentschaftskandidaten der Sozialisten, Salvador Allende. Führende Vertreter dieser beiden Strömungen übernahmen Regierungsverantwortung in der nach marxistischen Vorgaben regierenden *Unidad Popular* (UP). Das in der Folge eingetretene wirtschaftliche, soziale und politische Chaos war eine der Ursachen für den Militärputsch von 1973.

In die Zeit der christlich-demokratischen Regierung unter Präsident Frei Montalva fielen die ersten Kooperationen der KAS mit Institutionen, die für die Stärkung der christlich-demokratischen Bewegung eintraten. Zwei dieser Partnerorganisationen werden bis heute durch die Stiftung gefördert. In einem mittler-

weile als Bildungsinstitut der Partei anzusehenden *Instituto Chileno de Estudios Humanísticos* (ICHEH) werden politische Bildungsprogramme durchgeführt. Mit der *Corporación de Promoción Universitaria* (CPU), die sich besonders dem nach wie vor reformbedürftigen System der universitären Erziehung und Ausbildung annahm, werden heute gemeinsam mit der KAS christlich-demokratische Kommunalpolitiker ausgebildet und Strategieseminare für Führungspersonal des christlich-demokratischen Studentenbundes veranstaltet.

In den achtziger und neunziger Jahren kamen zwei weitere Partner, die bis heute gefördert werden, zum Kooperationsnetzwerk der Stiftung hinzu. Andere, weniger politische Projekte, wurden geschlossen. Da während der 17-jährigen Militärdiktatur politische Parteien und intermediäre Gruppen wie z. B. Gewerkschaften verboten waren, begann die Stiftung mit christlich-demokratischen Arbeitnehmervertretern Ausbildungsprogramme in Fragen der Sozialpartnerschaft und des sozialen Dialogs als Grundpfeiler einer sozial- und marktwirtschaftlich orientierten Ordnung durchzuführen. Unter dem Schutz der katholischen Kirche, die von Repressionsmaßnahmen durch das Pinochet-Regime verschont blieb, begründete sich das *Centro de Estudios Laborales Alberto Hurtado* (CELAH), das sich auch heute für sozialpartnerschaftliche Ordnungsprinzipien engagiert. Dabei sind der Arbeitnehmerflügel der Partei und Gewerkschaftler mit Nähe zum PDC die Zielgruppe der Bildungsarbeit.

Die Debatte Ende der achtziger und zum Beginn der neunziger Jahre um das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie sowie die Erweiterung des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft um die ökologische Dimension motivierte die Stiftung, einen Beitrag zur aufkommenden umweltpolitischen Auseinandersetzung in Chile zu leisten. Mit dem Partner *Corporación Ambiental del Sur* (CAS), der auf lokaler Ebene mit christlich-demokratischen Bürgermeisterinnen und Gemeinderäten für eine kommunale Umweltpolitik wirbt, besteht bis heute auch in diesem wichtigen Politikfeld eine kompetente Partnerorganisation.

KAS GENIESST HOHE REPUTATION IN CHILE

Der satzungsgemäße Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, das weltweite Wirken für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit auf der Grundlage eines christlich-humanistischen Welt- und Menschenbildes, wird in Chile seit über 40 Jahren mit den Zielgruppen im Umfeld der chilenischen christlich-demokratischen Partei umgesetzt. Da die Personen der Bildungs- und Beratungsarbeit der Stiftung und der Partnerorganisationen zur politischen Führung des PDC gehören, besitzt die KAS im Gastland einen privi-

legierten Zugang zu den politischen Eliten im christlich-demokratischen Segment der Gesellschaft. Dazu tragen die Stipendienprogramme der Stiftung entscheidend bei. Junge hochbegabte Männer und Frauen, die sich der christlich-demokratischen Bewegung im Gastland verbunden fühlen, übernehmen nach Abschluss ihrer Studien in Deutschland oder Chile wichtige Funktionen in der staatlichen Verwaltung oder in der Partei. Fünf der sechs bisherigen chilenischen Botschafter in Deutschland seit der Redemokratisierung des Landes ab 1990 haben ein Studium an deutschen Hochschulen mit Stipendien der KAS absolviert. Abgeordnete, Staatssekretäre und Minister zählen ebenfalls zum Kreis ehemaliger KAS-Stipendiaten.

ERFOLGREICHE REGIERUNGSPARTEI ABER AUCH WÄHLERSCHWUND

In den siebziger und achtziger Jahren richtete sich das Engagement der Stiftung an zwei mit der christlich-demokratischen Bewegung in Chile vereinbarten Zielen aus: erstens Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Parteistrukturen, die wegen des Verbots der politischen Parteien einen entscheidenden Beitrag zum Weiterbestehen des PDC leisteten, und zweitens die Begleitung und Unterstützung unserer Partner bei ihrem Kampf zur Wiedergewinnung demokratischer Freiheiten. Der Erfolg dieser Bildungs- und Beratungsprogramme gipfelte in dem gewonnenen Plebiszit gegen das Militärregime 1988, den ersten freien geheimen und allgemeinen Wahlen 1989 und den von christlichen Demokraten angeführten legitimen Regierungen unter den Staatspräsidenten Patricio Aylwin und Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1990-2000). In dieser Dekade leistete die Stiftung einen Beitrag zur Wiedereinsetzung demokratischer Institutionen, beriet die PDC-Fraktionen in beiden Kammern des Parlaments, stieß wichtige Themen und Fragestellungen zur Staatsmodernisierung an (z. B. Dezentralisierung und Stärkung der kommunalen Ebene, politische Partizipation durch Nachwuchsförderung, Ökologie, Sozialpartnerschaft und Soziale Marktwirtschaft, Präsidentialismus und Parlamentarismus, Verfassungsberatung, Wahlrechtsfragen) und stabilisierte dadurch die demokratische Entwicklung. Die sehr erfolgreiche Regierungsarbeit unter Führung der christlichen Demokraten führte zum dritten Wahlsieg in Folge der Vierparteienkoalition (Sozialisten, Sozial- und Christdemokraten) mit dem gemeinsamen, nunmehr sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Ricardo Lagos, der die Regierung im März 2000 übernahm. Der PDC erlitt jedoch auch deutliche Einbrüche in der Wählergunst. Er fiel von nahezu 30 Prozent der Stimmen während der 1990er Jahre auf unter 20 Prozent im Jahr 2004. Dieser Bedeutungsverlust löste in der Partei eine tiefe Krise aus.



Ministerpräsident Dr. Roland Koch vor dem Büro der KAS in Chile mit der Vorsitzenden des chilenischen PDC, Soledad Alvear. Links im Bild: der Leiter des KAS-Auslandsbüros, Dr. Helmut Wittelsbürger.

Zu Beginn des Jahres 2002 wählte der PDC eine neue Führung. Unter dem neuen Vorsitzende, Senator Adolfo Zaldívar, verfolgte die Partei einen Kurswechsel. Man versuchte sich inhaltlich von den rechten Oppositions- und linken Regierungsparteien abzugrenzen und programmatisch wieder das Segment der politischen Mitte zu besetzen. Der Parteichef stellte das Weiterbestehen der Concertación öffentlich in Frage. Dieser Kurs rief innerparteilichen Widerstand hervor, wodurch die in zwei Flügel gespalten wurde. Zaldívars Partei stellte sich bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2005 hinter die sozialistische Präsidentschaftskandidatin Michelle Bachelet, die sich gegen ihre Herausforderin aus dem PDC, Frau Soledad Alvear, als gemeinsame Kandidatin der Vierparteienkoalition durchgesetzt hatte.

Im Mai 2006 löste Soledad Alvear, ehemalige Justiz- und Außenministerin sowie im Dezember 2005 zur Senatorin gewählt, Adolfo Zaldívar im Parteivorsitz ab. Sie hatte sich in Urwahlen gegen andere Listen mit 70 Prozent der abgegebenen Stimmen durchgesetzt. Sie kanalisierte die innerparteiliche Diskussion um Positionsbestimmungen in einen programmatischen Kongress, der im Oktober 2007 auf einem Parteitag ein neues Grundsatzprogramm beschloss. Die Stiftung und ihre Partner unterstützten die Partei in dieser Phase durch Maßnahmen der Programm- und Organisationsberatung. Sie begründeten Mitte 2006 eine Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung (*Comunidad de Formación*) und führen seitdem in Absprache mit der Abteilung für Aus- und Weiterbildung der Partei Maßnahmen durch, die u. a. der Vorbereitung der Beratungen auf dem Parteitag dienen.

CHILE IM MITTELPUNKT DER PARTEIEN-KOOPERATION DER KAS IN LATEINAMERIKA

In Übereinstimmung mit den christlich-demokratischen Partnern in Lateinamerika wurde 1999 der Sitz des regionalen Parteienverbandes für christlich-demokratische und andere Parteien der politischen Mitte ODCA von Caracas in Venezuela nach Santiago de Chile verlegt. Damit begann eine äußerst erfolgreiche Wiederbelebung der politischen Bildungs- und Beratungsarbeit mit den Zielgruppen aus dem Umfeld der ODCA-Mitgliedsparteien. Unter der sechsjährigen Amtszeit des Präsidenten des regionalen Parteienverbandes, dem chilenischen christlich-demokratischen Politiker Gutemberg Martínez Ocamica, rückte Chile in den Mittelpunkt der Parteienförderung durch die KAS und der PDC übernahm eine prominente Führungsrolle innerhalb der ODCA.

Durch eine effiziente Planung unter Einbeziehung der KAS-Auslandsbüros in der Region erreichte die Stiftung eine Netzwerkbildung mit den Bildungsinstituten der ODCA-Mitgliedsparteien, erhöhte durch Aufnahme weiterer potenter Mitglieder aus Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Peru und Uruguay die Schlagkraft und Bedeutung des Parteienzusammenschlusses, erreichte eine Vermehrung von Synergien zwischen den Länderprogrammen der KAS und dem ODCA-Bildungs- und Beratungsangebot, modernisierte durch Einführung neuer Technologien die Ansprache der Zielgruppen, erstellte und verabschiedete gemeinsam mit allen Mitgliedern des Verbandes Module in wichtigen Politikfeldern für christlich-demokratische und humanistische politische Bildungsprogramme, intensivierte die Verbindungen und politischen Kontakte zu den europäischen Schwesterparteien aus der EVP-Familie und erreichte, dass die ODCA heute der bedeutendste regionale Parteienzusammenschluss in Lateinamerika ist. Statutengemäß wechselte der Vorsitz der ODCA zum Ende 2006 an den mexikanischen PAN, der die erfolgreiche Arbeit aus Chile kontinuierlich fortsetzen und weiterentwickeln möchte.

KOMPARATIVER VORTEIL DER DEUTSCHEN POLITISCHEN STIFTUNGEN

Repräsentative Demokratie ist ohne politische Parteien nicht denkbar. Das unverwechselbare Profil der deutschen politischen Stiftungen als Organisationen der internationalen Zusammenarbeit besteht in ihrem ureigenen Ansatz, innerhalb ausgewählter pluralistischer Segmente mit ihnen weltanschaulich verbundenen Organisationen aus den gesellschaftlichen Strukturen der Empfängerländer partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung vertritt dabei

mit ihren Partnern Politikkonzepte aus einem christlichen Verständnis vom Menschen. Damit unterscheidet sie sich in ihren politischen Bildungsprogrammen von kollektivistischen Vorstellungen ebenso wie von libertären Ordnungskonzepten für gesellschaftliche Organisationsformen.

MEXIKO

Für die Unterstützung und Beratung politischer Parteien im Rahmen der allgemeinen Demokratieförderung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung finden sich in Lateinamerika besonders gute Voraussetzungen: In fast allen Ländern des Kontinents gibt es klar identifizierbare Partnerparteien, mit denen die Stiftung wesentliche Werte, politische Grundüberzeugungen und ordnungspolitische Leitbilder teilt. In Mexiko ist dies der *Partido Acción Nacional* (PAN), der ebenso wie die CDU der *Internationale der christlich-demokratischen Parteien* (IDC) und in Lateinamerika der IDC-Regionalorganisation ODCA (*Organización Demócrata Cristiana de América*) angehört und dort derzeit eine Führungsrolle mit großer regionaler Ausstrahlung spielt.

Die PAN – wie auch andere lateinamerikanische christlich-demokratische Parteien – schätzen auf allen Ebenen eine enge Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, nicht zuletzt ihre Zuverlässigkeit als Partner über Jahrzehnte, „in guten wie in schlechten Tagen“. Parteienförderung ist eine Langfristaufgabe. Das bestätigt sich gerade in turbulenten Zeiten in Lateinamerika. „Aussagen über Parteien und Parteiensysteme in Lateinamerika haben ein kurzes Verfallsdatum“ (Detlef Nolte).

Dies gilt auch mit Blick auf Mexiko, auch wenn die Entwicklung bis zum heutigen Tag vergleichsweise kontinuierlich erscheint. Aus den Wirren der Revolution gingen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der „Dinosaurier“ PRI als „Staatspartei“ und die PAN als „loyale Opposition“ hervor. Kleinere, meist aus wahltaktischen Überlegungen gegründete Parteien ergänzten das Bild. In den neunziger Jahren kam die PRD dazu. Von den mexikanischen Grünen bis zu kommunistischen und radikal-sozialistischen Plattformen, die in unterschiedlichen Formationen und Allianzen auftraten, existierten zahlreiche Gruppierungen, die die in Mexiko zum Einzug in den Kongress erforderliche Zwei-Prozent-Hürde übersprangen. Es entwickelte sich ein stabil anmutendes Drei-Parteien-System, auch wenn sich dessen Protagonisten heftige Positionskämpfe liefern, deren Ausgang ungewiss scheint.

Dennoch kann den mexikanischen Parteien ein hoher Institutionalierungsgrad bescheinigt werden. Alle verfügen über stabile Wurzeln in der Gesellschaft, allen ist – auch dank großzügigster Parteienfinanzierung – ein schlagkräftiger hauptamtlicher Apparat mit hoher Kampagnenfähigkeit eigen, das Innenleben der Parteien ist ausdifferenziert, starke Persönlichkeiten sind vorhanden, aber institutionell eingebunden. Lebhaft innerparteiliche Debatten und Positionskämpfe charakterisieren alle drei Gruppierungen, gleichzeitig aber ist ihren Kongressfraktionen eine hohe Parteidisziplin eigen.

Einen Blankoscheck auf die Zukunft der Parteien bedeutet dies allerdings keineswegs. Auch in Mexiko ist die Zustimmung zur Politik und zu den Politikern überaus begrenzt. So sank laut *Latinobarómetro 2005* der Anteil der Bevölkerung, der Vertrauen in die mexikanischen Parteien bekundete, zwischen 1997 und 2004 von 31 Prozent auf 15 Prozent. Korruption und Politik stellen für viele Mexikaner eine Symbiose dar – nicht zuletzt war dieser Anti-Parteien-Affekt auch die Fahne, hinter der Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López Obrador im Wahlkampf 2006 erfolgreich seine Truppen zu versammeln suchte. Sein Beispiel zeigt, dass der traditionelle lateinamerikanische *caudillo* auch in Ländern wie Mexiko durchaus Comeback-Chancen hat, wenn sich die Unzufriedenheit der Bürger ihr Ventil sucht. Während das alte PRI-System versuchte, durch eine in Sektoren formierte Gesellschaft, ausgeklügelte Loyalitätssysteme und die Kooptation potentieller „Unruhestifter“ soziale Unruhe zu kanalisieren, wird diese durch das immer weitere Aufbrechen traditioneller Strukturen geradezu befördert – eine erhebliche Herausforderung für die heutige Politik mit offenem Ausgang.

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ergeben sich aus solchen Rahmenbedingungen und der Analysen von Stärken und Schwächen der politischen Parteien konkrete Arbeitsschwerpunkte für Maßnahmen zu ihrer Unterstützung. In der aktuellen Länderkonzeption der Konrad-Adenauer-Stiftung für Mexiko (2005 bis 2007) heißt es dazu generell:

„Nach wie vor ist der Aufbau eines funktionierenden Mehrparteiensystems für die Demokratisierung des politischen Systems Mexikos vorrangig. Die KAS verfolgt daher weiter das Ziel, zur programmatischen und organisatorischen Modernisierung der liberal-konservativen Regierungspartei PAN sowie zur Qualifizierung der Funktions- und Mandatsträger beizutragen. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind Reformvorhaben auch in den nächsten Jahren nur mit der Zustimmung der Opposition auf den Weg zu bringen. Daher sind politischer Dialog bzw. politische Kommunikation zwischen Regierung, Parlament und

Parteien eine Grundvoraussetzung für weitere Reformfortschritte. Die KAS wird die Verbesserung der Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse mit geeigneten Beratungsmaßnahmen unterstützen. Ferner soll auch die Thematik „Politische Kommunikation“ auf den verschiedenen Ebenen vertieft werden. Von entscheidender Bedeutung für die kommenden Jahre in Mexiko wird auch ein wirkungsvolles Zusammenwirken der staatlichen Gewalten sein. Daher verfolgt die KAS das Ziel, die nachhaltige Stärkung der Gewaltenteilung zu unterstützen, wobei der Rolle des Kongresses besondere Bedeutung zukommt“.

Diese Prioritäten haben nichts von ihrer Bedeutung verloren und lassen sich wie folgt spezifizieren:

- Zur Stärkung von Parteien, ihrer Funktions- und Mandatsträger wird auf konkrete Maßnahmen des Dialogs und der Weiterbildung gesetzt. Dies schließt organisatorisch-strukturelle Themen ebenso ein wie inhaltlich-programmatische. In vielen Fällen ist allerdings inzwischen weniger Anleitung von außen als ein intensiver Gedankenaustausch auf Augenhöhe, der *best practice*-Beispiele aus Europa und speziell aus Deutschland einschließt, gefragt. Hier ist die Konrad-Adenauer-Stiftung ein wichtiger Vermittler. Entsprechend wird immer wieder auf Experteneinsätze, z. B. von deutschen Abgeordneten oder Parteienvertretern, gesetzt. Parallel finden Besuchsprogramme für lateinamerikanische Politiker in Deutschland statt. Konkrete Themen der jüngsten Vergangenheit waren dabei Fragen der Koalitionsbildung und Regierungsfähigkeit, der politischen Kommunikation und der Kommunalpolitik.
- Zentral ist die Rolle des Kongresses, was Beratung und Austausch zu Fragen des Parlamentarismus, der Fraktionsarbeit sowie der Organisation von Mehrheiten und Koalitionen nahelegt. Die Professionalität parlamentarischer Arbeit bildet dabei vielerorts derzeit einen Schwerpunkt.
- Zentrale Fragen auf der Reformagenda lateinamerikanischer Länder finden ihre Entsprechung in Deutschland: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Modernisierung der Sozialsysteme, eine zukunftsorientierte Energiepolitik, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit, ein konkurrenzfähiges Bildungssystem. Zu all diesen Themen gibt es einen intensiven Dialog und beratenden *input*. Auch in Lateinamerika mit seinen enormen sozialen Unterschieden muss und kann gezeigt werden, dass marktwirtschaftliche Effizienz und soziale Verantwortung keine Gegensätze sein müssen. Das Modell „Soziale Marktwirtschaft“ ist als programmatisches Rüstzeug christlich-demokratischer Parteien auch in Lateinamerika ein Markenzeichen.

- Die aktuelle Lage in Lateinamerika legt mehr denn je eine Regionalstrategie nahe: Viele Parteien des Subkontinents weisen bei weitem nicht die gleiche Professionalität, inhaltliche Fundierung und organisatorische Schlagkraft auf wie die mexikanische PAN, was einen *know how*-Transfer und eine starke Rolle eines regionalen Parteiendachverbandes möglich macht. Hier fungiert die KAS als wichtiges Bindeglied, da sie in Lateinamerika in fast allen Ländern über tragfähige eigene Strukturen verfügt und ein glaubwürdiger Partner für christlich-demokratische Parteien und solche des politischen Zentrums ist. In konkreten Situationen ist es darüber hinaus nötig und möglich, konkrete Solidarität zu praktizieren, z. B. mit der unterdrückten demokratischen Opposition auf Kuba oder mit Blick auf immer eingeschränktere Beteiligungschancen demokratischer Parteien in Ländern wie Ecuador und Venezuela.
- Da es auch in Mexiko deutlich sichtbare Krisensymptome für politische Parteien gibt – die PAN ist davon nicht unberührt – bedarf es flankierender Maßnahmen zur Konsolidierung. Deshalb hat die Nachwuchsförderung einen zentralen Stellenwert. Maßnahmen mit der Jugendorganisation der PAN, *Acción Juvenil*, sind daher ein fester Programmbaustein der Kooperation. Darin sind auch und besonders die Parteistiftungen der PAN, allen voran die *Fundación Rafael Preciado Hernández*, eingebunden. Um zudem die Netzwerkbildung zu stärken, waren Vertreter von *Acción Juvenil* in den zurückliegenden Jahren auch in die internationalen Sommerschulen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland eingebunden. Im Umfeld dieser Jugendarbeit finden schließlich Aktivitäten im vorpolitischen Raum statt, um die Verbindung der Partei zu sozialen Bewegungen und solchen der sogenannten Zivilgesellschaft zu stärken.
- Das Programmspektrum der Kooperation mit den politischen Parteien und Stiftungen in Lateinamerika muss den gewaltigen Entwicklungsunterschieden Rechnung tragen. Nach wie vor bedarf es auch ganz elementarer Maßnahmen der politischen Bildung, um für politische Partizipation zu motivieren, zu werben und dafür das inhaltliche Rüstzeug zu vermitteln. Die Verbindung zwischen politischen Parteien und Organisationen der sogenannten Zivilgesellschaft zu stärken, ist daher ebenfalls eine wichtige Aufgabe der KAS und ihrer Partner. Hier sind die Einflussmöglichkeiten politischer Vorfeldorganisationen gerade bei gesellschaftlichen Gruppen nicht zu unterschätzen, die eine direkte Verbindung mit politischen Parteien – noch – scheuen. Sie können auch helfen, die Sprachlosigkeit zwischen gesellschaftlichen Eliten und marginalisierten Bevölkerungsteilen zu überwinden, da sie durch ihre konkrete Arbeit Zugang zu beiden haben.



Förderung des politischen Führungsnachwuchses der ODCA-Parteien ist ein Arbeitsschwerpunkt der KAS. Unser Bild zeigt Kursteilnehmer aus ganz Lateinamerika im Hauptquartier des mexikanischen „Partido Acción Nacional“ gemeinsam mit dem Partei- und ODCA-Vorsitzenden, Manuel Espino Barrientos (Mitte).

Die in diesen sechs Punkten genannten Arbeitsschwerpunkte ermöglichen der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Positionierung innerhalb ihrer Kernkompetenz als politische Stiftung. Gerade das zugrunde liegende Partnerverständnis und der „ideologische“ Gleichklang mit Parteien der gleichen „Familie“ ermöglichen ein besonderes Vertrauensverhältnis, das in Beratungsoffenheit mündet und es nicht beim bloßen Zugang eines x-beliebigen Sponsors belässt. Dies ist eine deutliche Stärke im Vergleich zu Mehrparteien-Förderungsansätzen, deren Sinn damit keineswegs in Abrede gestellt werden soll. Die deutsche Eigenheit einer pluralistischen Parteienförderung aber rechtfertigt sich gerade in solchen Kooperationen. Auch wenn es vielerorts chic geworden ist, eher auf Kooperationen mit der sogenannten Zivilgesellschaft zu setzen und diese zu stärken (was immer „Zivilgesellschaft“ dann im Einzelnen heißt): Parteien sind der zentrale Baustein einer lebendigen, liberalen und pluralistischen Demokratie, die durch nichts zu ersetzen sind. Will man die Demokratie stärken, führt an einer Stärkung ihrer zentralen Träger kein Weg vorbei.



Förderung der Demokratie und der überparteilichen Zusammenarbeit

In Lateinamerika stellt der Zusammenbruch der Parteiensysteme ein wiederkehrendes Problem dar. Als Begleiterscheinung tauchen nicht selten messianische Führungsgestalten im Stile typischer lateinamerikanischer caudillos auf, die unter dem Eindruck politischer Instabilität die bestehenden Institutionen als ineffizient aburteilen und auf dieser Grundlage abseits demokratischer Freiheiten – zugeschnitten auf die eigene Person – autoritäre Regime etablieren. Mit verantwortlich ist hierfür in hohem Maße die ablehnende Haltung der lateinamerikanischen Bevölkerung gegenüber den politischen Parteien, die sie als wenig empfänglich für ihre Interessen und Forderungen wahrnehmen. Vor diesem Hintergrund scheint es unverzichtbar, neue Strategien zur Stärkung unserer Parteien zu entwickeln und eine effektivere Verbindung mit den Bürgern zu etablieren.

Um dieses Ziel zu erreichen sind unterschiedliche Wege zu beschreiten. Zunächst gilt es, unsere humanistisch-christlichen Parteien zu professionalisieren und zu institutionalisieren, mit anderen Worten: Die Veränderungen müssen im eigenen Haus beginnen. Interne demokratische Strukturen sind hierzu notwendig, die dazu anhalten, Rechenschaft über die eigene Arbeit abzulegen. Zudem müssen wir unsere Kandidaten und Führungspersönlichkeiten auf professionelle Weise für ihre spezifischen Aufgaben aus- und weiterbilden, um als Partei erfolgreich in der Öffentlichkeit aufzutreten, sowohl im Hinblick auf bevorstehende Wahlen als auch auf die tägliche Gesetzesarbeit. Unsere Parteien müssen sich selbst von innen her stärken, ein klares Regelwerk für interne Prozesse aufstellen und auf effiziente Weise mit den Bürgern im Austausch stehen. Wir müssen authentische gesellschaftliche Führungspersönlichkeiten hervorbringen, die sich durch Bürgernähe und einen hohen Grad an Repräsentativität auszeichnen und dadurch unsere Parteien zu echten Volksparteien machen.

Es gibt weitere, den politischen Institutionen inhärente Elemente, die die Zusammenarbeit zwischen den Parteien fördern und das Urteil der Bürger miteinbeziehen könnten. Beispielsweise untersagt die mexikanische Verfassung die direkte Wiederwahl einzelner Gesetzesvertreter, was einer längerfristigen Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten und Senatoren der verschiedenen Parteien im Wege steht. Eine erfolgreiche Ausarbeitung von Gesetzeskompromissen ist daher aufgrund mangelnden Vertrauens bei der Zusammenarbeit kaum möglich. Darüber hinaus hält das Wiederwahlverbot in meinem Land die Bürger davon ab zu entscheiden, ob ein Gesetzesvertreter den Verbleib in seinem Amt verdient oder nicht, sodass es für den einzelnen Abgeordneten oder Senatoren kaum Anreize für gute Arbeit im Kongress gibt.

Des Weiteren müssen Maßnahmen gegen die Fragmentierung unserer Parlamente in zu viele Parteien ergriffen werden, da dies das Zustandekommen von dauerhaft stabilen Mehrheiten verhindert und zudem kleine Parteien von äußerst geringer Repräsentativität in die Lage versetzt, mittels Erpressung eine unverhältnismäßig große politische Macht auszuüben. Es ist also notwendig, Regeln für das Wahlverfahren aufzustellen, die den im Parlament vertretenen Parteien tatsächliche politische Gestaltungskraft verleihen.

Es ist somit unsere Aufgabe, die politischen Institutionen derart zu gestalten, dass sie die Bildung von Mehrheiten bzw. Koalitionen und die überparteiliche Zusammenarbeit allgemein erleichtern. Entsprechende Regeln für eine solche Umgestaltung sind bereits formuliert und müssen durch uns gefördert werden.

Eine moderne Demokratie ohne politische Parteien ist nicht vorstellbar. Die Parteien repräsentieren die Pluralität bzw. die verschiedenartigen Strömungen einer Gesellschaft und sorgen dafür, dass der politische Wettbewerb zivilisiert und im Rahmen institutionalisierter Verfahren abläuft. Darüber hinaus bilden die Parteien das Bindeglied zwischen den Bürgern und dem Staat. Gäbe es keine Parteien, wer würde dann die Regierungsverantwortung übernehmen? Eine Demokratie mit schwachen Parteien ist gefährlich, da sie anfällig ist für Populismus und verantwortungslose politische Akteure, die sich über die Institutionen hinwegsetzen. Zudem würde der politische Wettbewerb unberechenbar werden und der Demagogie die Türen öffnen. Deshalb ist die Stärkung unserer Parteien unser aller Pflicht, weil davon in hohem Maße die Stärkung unserer Demokratie abhängt.

Bei dieser Aufgabe spielen die internationalen Parteienverbände und die sie unterstützenden Stiftungen eine fundamentale Rolle. In diesem Sinne arbeitet etwa die Organisation Christlich-Demokratischer Parteien Amerikas (ODCA) am Ziel, die dem christlichen Humanismus verpflichteten Parteien des Kontinents zu vernetzen und zu stärken, damit sie bei der Entwicklung ihrer Gesellschaften eine Vorreiterrolle spielen können. Dabei können wir uns auf die wertvolle Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung verlassen, die auf der Grundlage der Prinzipien christlich-demokratischer Politik Demokratie und internationale Zusammenarbeit vorantreibt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat bei unserer gemeinsamen Aufgabe der Stärkung der humanistischen Parteien der Mitte ihre ganz spezifische Rolle.

Gerade unsere humanistisch-christlichen Parteien müssen beispielhaft für eine langfristige politische Vision vorangehen, indem sie dem Allgemeinwohl vor den Interessen Einzelner den Vorrang geben und als Förderer des Dialogs und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den politischen Akteuren auftreten. Nur so werden wir ein positives Urteil seitens der Bürger erfahren und die Chance erhalten, bei der Stärkung des demokratischen Lebens, der Erzeugung öffentlicher Güter und der Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bürger mitwirken zu können.

*Manuel Espino Barrientos
ODCA-Präsident*

PERU

In Peru konzentriert sich die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung seit dem Untergang des autoritären Fujimori-Systems im Jahr 2001 auf die Stärkung der christlich-demokratisch-konservativen Wahlallianz *Unidad Nacional* (Nationale Einheit). Die *Unidad Nacional* (UN) besteht aus zwei politischen Parteien: der Christlichen Volkspartei PPC (*Partido Popular Cristiano*) und der *Solidaridad Nacional* (SN) und kann als drittstärkste politische Kraft des Andenstaates regelmäßig etwas mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Bei den beiden letzten Präsidentschaftswahlen kam die christlich-demokratische Spitzenkandidatin jeweils auf den dritten Platz und verfehlte bei beiden Wahlen nur hauchdünn den Einzug in die Stichwahl um die Präsidentschaft. UN stellt zum zweiten Mal in Folge den Bürgermeister der Acht-Millionen-Stadt Lima, in der ein Drittel der Peruaner lebt.

Die Unterstützung und Beratung der UN ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass sich Peru – selbst für lateinamerikanische Verhältnisse – durch sehr schwache politische Parteien auszeichnet. Es fehlt an Repräsentativität, Organisationskapazität und -fähigkeit, Transparenz in finanzieller und personeller Hinsicht sowie an interner Demokratie. Umso wichtiger erscheint der Konrad-Adenauer-Stiftung das Engagement in diesem Bereich.

Gemeinsam mit dem der UN nahestehenden politischen Bildungsinstitut *Instituto Peruano de Economía Social de Mercado* – IPESM (Institut für Soziale Marktwirtschaft) wurden daher politische Führungskräfte und der potenzielle Parteiennachwuchs gefördert. Mittelfristig waren alle Anstrengungen auf die im April 2006 abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie die Lokalwahlen im November des gleichen Jahres ausgerichtet, aus denen die UN als drittstärkste Kraft hervorging. Die Spitzenkandidatin Lourdes Flores erhielt 24 Prozent der Stimmen. In das 120 Sitze zählende Ein-Kammer-Parlament zogen 17 Kongressabgeordnete der UN ein.

Begleitend dazu wurde die Publikationstätigkeit entscheidend erhöht. Die Produkte wurden im Zuge der Schulungen von politischen Nachwuchskräften im ganzen Land als didaktisches Material eingesetzt. Die Wahl der Themen orientierte sich meist an den Bedürfnissen des politischen Partners *Unidad Nacional*. Große Teile der Studien zur Sozialpolitik, zur Dezentralisierung, zur Reform des Justizwesens und zur Bürgersicherheit sind in den Regierungsplan und den Wahlkampf der UN eingeflossen. Der konzipierte Mix aus Schulungsmaßnahmen für Nachwuchspolitiker im ganzen Land und großen, der interessierten Öffent-



Lourdes Flores

lichkeit zugänglichen Präsenzveranstaltungen (Universitätsforen und regionale Foren) mit der Frontfrau der UN, Lourdes Flores, sowie Kongressabgeordneten und Spitzenpolitikern der UN waren einmalig im Land.

Aktuell konzentriert sich die Unterstützung auf zwei neue Projekte. Zum einen wurde ein spezielles Förderungs- und Schulungsprogramm für Nachwuchspolitiker der UN, welches sich jeweils ein Jahr lang intensiv um 40 ausgewählte junge Menschen aus dem ganzen Land kümmert, entwickelt. Von diesem neuen „Elite-Förderungsinstrument“ erhofft sich die KAS in Peru eine Konzentration auf wenige, dafür aber sehr viel mehr dem politischen Projekt verpflichtete Menschen.

Zum anderen erfolgte eine Fokussierung auf die Beratungstätigkeit für die UN-Parlamentsfraktion. Neben einer dreitägigen Klausurtagung kurz nach der Wahl und einem Medientraining wurden mehrere Gesetzesprojekte beratend begleitet. Dies bedeutet eine wesentliche Hilfe, da das peruanische Parlament weder über einen wissenschaftlichen Dienst noch über eine ausreichende Zahl fachlich versierter Fraktionsmitarbeiter verfügt. Hinzu kam Ende 2006 ein zweiwöchiges Besuchsprogramm für fünf ausgewählte Parlamentarier und die Vorsitzende Lourdes Flores in Deutschland im Rahmen der KAS-Inlandsprogramme, in dessen Verlauf den Teilnehmern schwerpunktmäßig Kenntnisse zur Arbeit des Deutschen Bundestages vermittelt wurden.

Die *Unidad Nacional* schätzt die enge Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vor allem aufgrund der langfristig angelegten Zusammenarbeit. Denn das peruanische politische System ist trotz aller Anstrengungen und der kleinen Fortschritte der letzten Jahre als äußerst instabil zu bezeichnen. Besonders vor dem Hintergrund der mehr als turbulenten Zeiten in den

Nachbarstaaten Bolivien und Ecuador gewinnt die Zusammenarbeit in Peru eine starke Bedeutung. Peru als „Fels in der Brandung“ zu bezeichnen ginge wohl zu weit. Jedoch ist unstrittig, dass die beeindruckenden makroökonomischen Daten (hohes Wachstum seit sechs Jahren, niedrigste Inflation Lateinamerikas seit drei Jahren, zurückgehende Arbeitslosenzahlen etc.) hoffen lassen, dass auch die demokratischen politischen Institutionen sich positiv entwickeln können. Dies ist entscheidend, ist doch das Vertrauen der Peruaner in ihre Politik und Politiker äußerst gering.

Vor diesem Hintergrund gibt es Anlass zu Optimismus, dass die Parlamentarier des politischen Partners der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peru im Vergleich zu anderen Fraktionen ein relativ hohes Ansehen genießen. Zwei unabhängige Befragungen der letzten Monate beweisen dies. Daher setzt die KAS in Peru auch in Zukunft auf eine Stärkung der Christdemokraten im organisatorisch-strukturellen wie im inhaltlich-programmatischen Bereich. Erst kürzlich konnte ein Handbuch erstellt werden, das in einfachen, leicht verständlichen Worten die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und des Christlichen Humanismus erklärt (*Manual de Formación Política 2007*). Dieses „ABC der Christlichen Demokratie“ wird bei Schulungsmaßnahmen im ganzen Land eingesetzt und kann von der KAS-Homepage heruntergeladen werden. Mit Beratungseinsätzen für die Fraktion werden zentrale Fragen des Landes konstruktiv bearbeitet. So erfolgten in den vergangenen Monaten mehrere Beratungseinsätze zur Modernisierung des defizitären Bildungssystems (Peru schneidet bei lateinamerikanischen Bildungsstudien katastrophal ab) und zur Reform des kurz vor dem Kollaps stehenden Gesundheitssystems. Beide Einsätze mündeten in vielbeachtete Gesetzesprojekte.

Flankierend zu den beschriebenen Maßnahmen finden auch Arbeiten im vorpolitischen Raum statt, nicht zuletzt um junge Peruaner aus dem Landesinneren behutsam und kontinuierlich für politische Partizipation zu begeistern und zu befähigen. Denn die oben beschriebenen Schwächen der politischen Parteien machen grundlegende Maßnahmen der politischen Bildung unverzichtbar. Das Werben und Motivieren für die politische Arbeit und die Vermittlung des entsprechenden Rüstzeugs finden über ein parteipolitisch neutrales großes KAS-Jugendprojekt statt. Erfreulicherweise haben sich schon viele dieser jungen Peruaner der UN angeschlossen, bei den Kommunalwahlen vor einem halben Jahr zogen einige der politischen Nachwuchskräfte als Ratsfrauen und -herren in die lokalen Gebietskörperschaften ein. Im erwähnten Elite-Nachwuchsförderungsprogramm findet sich eine Reihe von Mitgliedern des KAS-Jugendprojektes.

Trotz und gerade wegen der schwierigen Rahmenbedingungen arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Peru daher genau auf dem Gebiet, auf dem eine politische Stiftung arbeiten sollte: bei der Stärkung der Demokratie und des politischen Partners.

PARTEIENFÖRDERUNG IM RAHMEN DER LATEINAMERIKANISCHEN CHRISTDEMOKRATIE (ODCA)

Kooperation zwischen Staaten und internationalen Organisationen muss umfassend sein. Wirtschaftliche Kooperation allein reicht nicht aus. Die adäquate Entwicklung eines Landes erfordert zumindest eine gesunde Wirtschaft, gute, auf die Steigerung des Gemeinwohls orientierte Politik und wirksamen sozialen Zusammenhalt.

Dies wird in Lateinamerika ganz offensichtlich: staatliche Funktionsdefizite, unzulängliche demokratische Institutionen, schwache Parteien und politische Führungskräfte ohne berufliche und staatsbürgerliche Bildung – all dies führt zu einer Verschlechterung der politischen Ausgangsbedingungen und erschwert Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene. Ein Problem ist häufig, dass der Schritt von der Theorie zur konkreten Handlung äußerst schwierig ist, vor allen Dingen im Bereich der Politik. Er bedeutet Aktion auf staatlicher Ebene, über nationale, regionale und lokale Regierungen, auf der Ebene des Parlaments und der politischen Parteien.

Eine wesentliche Komponente der Politik ist der legitime Wettstreit um die Macht zwischen Parteien und politischen Führungskräften. Dies gehört zu jeder Demokratie, ist aber ein Aspekt, der als bedeutendes Element der politischen Kooperation schwer zu verstehen und umzusetzen ist. Für Christdemokraten genießt der faire Wettbewerb in der Politik eine hohe Bedeutung. In diesem Sinne ist die zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA) sowie einigen Parteien in Lateinamerika aufgebaute Kooperation im eigentlichen Sinne beispielhaft, zum einen, weil sie die Prinzipien des Wettbewerbs und der Autonomie berücksichtigt hat und zum anderen, weil sie unverzichtbare Elemente für eine effiziente Erfüllung der Aufgaben in diesem Bereich aufweist, nämlich: Kontinuität, Professionalität, Nachbereitung der Aktivitäten, etc.; kurz, weil es sich um eine umfassende Zusammenarbeit handelt.

Bei dieser Zusammenarbeit können folgende Maßnahmen besonders hervorgehoben werden:

- Politische Bildung, die Veranstaltungen mit erst-rangigen politischen Führungskräften sowie für ein

größeres Publikum konzipierte staatsbürgerliche Bildung umfasst. Dazu kommen elektronisch vermittelte Bildungsprogramme unter Nutzung moderner Medien.

- Stipendien für Postgraduiertenstudien und berufliche Fortbildung, die es Generationen von lateinamerikanischen Führungskräften ermöglicht haben, Magister- und Dokortitel zu erwerben und die eine ganze Generation herausragender Politiker in verschiedenen Ländern geschaffen haben.
- Formulierung programmatischer Aussagen, eine von den Parteien sehr vernachlässigte Aufgabe. Regierungen und Parteien, die über Regierungsprogramme verfügen, sind erfolgreicher in ihrer Arbeit. Die Ausarbeitung klarer Politiken macht den großen Unterschied. In diesem Bereich ist durchaus nicht alles klar, neue programmatische Ansätze sind erforderlich und sich dieser Dimension zu stellen ist dringend notwendig.
- Weiterführung gezielter Programme für die wesentlichen Akteure in der Region: z. B. Jugend, Frauen, Arbeitnehmer und andere, zeigt die Kenntnis der komplexen lateinamerikanischen Realität.
- Vernetzung von Institutionen, die im Bereich der Bildung und der programmatischen Arbeit tätig sind, sowie der Aufbau von Expertennetzwerken im Bereich der politischen Strategie- und Kommunikationsberatung ragen bei den durchgeführten Aktivitäten besonders heraus. Die Publikationen haben neue Perspektiven eröffnet. Durch sie werden die erarbeiteten Inhalte verbreitet. Über 300 Bibliotheken haben unser veröffentlichtes Material erhalten.

(Wert-)Neutrale politische Kooperation ist das größte Defizit anderer Institutionen, die versucht haben, sich in Lateinamerika im Bereich der politischen Kooperation zu betätigen. Typisch hierbei sind Veranstaltungen, in denen der Pluralismus der Teilnehmer hervorgehoben wird, die aber kaum Ergebnisse erzielen und im Allgemeinen die Rechtfertigung für einen wenig produktiven politischen bzw. „Expertentourismus“ liefern, und darüber hinaus die Beziehung zu Personen und nicht zu Parteien in den Vordergrund stellen, womit sie indirekt die Caudillopolitik stärken, die den Lateinamerikanern so sehr geschadet hat. Diese vermeintlich neutralen Strategien der Zusammenarbeit sind wenig effizient. Zudem kann man unmöglich neutral bleiben bei der Achtung der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit.

Hier war und ist die Option der Konrad-Adenauer-Stiftung klar: Sie bezieht auf Grundlage des christlichen Humanismus Stellung für Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Das ist eine Strategie, die Landeskenntnis und Fingerspitzengefühl erfordert, die aber historische Erfolge in der Region ermöglicht

hat. So sehe ich für Chile, einem Land mit stabiler Demokratie, hohem Wachstum und Erfolgen in der Armutsbekämpfung, in der Kooperation der KAS mit den chilenischen Christdemokraten eine der Erklärungen dieses Erfolgs.

Das andere Element, das die Qualität der umfassenden Zusammenarbeit zwischen KAS und ODCA erklärt, ist die Respektierung der Autonomie der Beteiligten, wobei sowohl die KAS als Institution, als auch die Vertreter der Stiftung in den einzelnen Ländern für den Erfolg der Programme entscheidend sind. Die Globalisierung zeigt uns, dass eine ihrer Chancen die sogenannte Wissensgesellschaft ist. In dieser Perspektive sollten die in der ODCA mit Unterstützung der Stiftung erarbeiteten Methodologien für die politische Bildung und ihre Modernisierung als Beispiel dienen und ein Beitrag zu den Aufgaben dieser Institution in den Programmen in anderen Ländern sowie in Deutschland selbst sein. Dies ist eine neue Dimension der Kooperation, die in der Zukunft noch viel weiter ausgebaut werden könnte.

Die seit 1963 bestehende Zusammenarbeit zwischen KAS und ODCA hat es möglich gemacht, ODCA zur mächtigsten politischen Organisation mit der stärksten Präsenz in Lateinamerika aufzubauen. Eine Organisation, die nicht eine simple Anhäufung von Parteien ist, sondern die Summe von Organisationen auf der Grundlage christlich-demokratischen Gedankenguts, Ideen der politischen Mitte und eines Programms mit Identität für den ganzen Kontinent. Die Qualität der umgesetzten Maßnahmen, deren Wirkung und die Anerkennung ihrer Leistungen durch andere Parteien und Institutionen, die mit uns in der Region konkurrieren, beweisen den unbestreitbaren Erfolg der Zusammenarbeit.

Aus all diesen Gründen ist die Schlussfolgerung eindeutig: Das Projekt KAS-ODCA sowie diverse andere zwischen der KAS und christlich-demokratischen Parteien, Parteien der Mitte oder Volksparteien Lateinamerikas durchgeführte Projekte, sind das Modell für eine echte und umfassende politische Zusammenarbeit. Der wertorientierte Kooperationsansatz der KAS sollte unbedingt beibehalten werden, denn die Tendenz zur Neutralität, die Tendenz dazu, nur eine internationale Organisation unter anderen zu sein, eine, die die Identität der Kooperation abgeht, ist weder glaubhaft noch effektiv.

Gutenberg Martínez Ocamica

Präsident der Universität Miguel de Cervantes in Santiago de Chile und ehemaliger Vorsitzender der ODCA



ANHANG

WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND MATERIALEN

BMJ (Bundesministerium der Justiz). 1969. *Bundeshaushaltsordnung*. Bonn/Berlin.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2002. *Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen der Gesellschafts- und Strukturpolitik*. Bonn/Berlin.

Fischer-Bollin, Peter (Hrsg.). 2006. *Parteienzusammenarbeit der KAS in Mittel-, Ost- und Südosteuropa*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

KAS. 1997. *Demokratie- und Parteienförderung durch politische Bildung und Beratung: Themenkonferenz Kuala Lumpur*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

KAS. 2004. *Grundsätze der Finanzierung Politischer Stiftungen*. http://www.kas.de/stiftung/wir_ueber_uns/23_webseite.html.

KAS. 2006. *Schwerpunktheft „Institutionalisierung politischer Parteien“ der KAS-Auslandsinformationen (22), 11*.

KAS. 2007a. *Manual de Formación Política 2007*. http://www.kas.de/proj/home/pub/60/1/year-2007/dokument_id-11243/index.html.

KAS. 2007b. *Parties and Democracy. The KAS Democracy Report 2007*. Bonn: Bouvier.

KAS. 2007c. *KAS International (1), 1 und 2*.

KAS. 2007d. *Handbuch zur Politischen Kommunikation*. http://kasnet.kas.de/upload/kasorg/int/kas_handbuch_pol_kommunikation.pdf.

KAS. 2007e. *How to win an election?* http://www.kas.de/proj/home/pub/69/1/year-2007/dokument_id-9848/index.html.

Thesing, Josef (Hrsg.). 2002. *In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale Zusammenarbeit und persönliche Erfahrungsberichte*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wahlers, Gerhard und Karsten Grabow (Hrsg.). 2007. *Parteien und Demokratie. Beiträge der internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport 2007*. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

AUSLANDSBÜROS DER KAS

AFRIKA

DR Kongo/Kinshasa
 Ghana/Accra
 Kenia/Nairobi
 Malawi und Mosambik/Maputo
 Namibia/Windhoek
 Nigeria/Abuja
 Senegal/Dakar
 Simbabwe/Harare
 Südafrika/Johannesburg
 Südsudan/Kampala
 Uganda/Kampala

Medienprogramm Subsahara-Afrika/Johannesburg
 Rechtsstaatsprogramm Subsahara/Nairobi
 Regionalprogramm Politischer Dialog
 Westafrika/Cotonou

NAHOST

Ägypten/Kairo
 Israel/Jerusalem
 Marokko/Rabat
 Palästinensische Autonomiegebiete/Ramallah
 Türkei/Ankara
 Tunesien/Tunis

Regionalprogramm Politischer Dialog Nahost und
 Mittelmeer/Amman

LATEINAMERIKA

Argentinien/Buenos Aires
 Bolivien/La Paz
 Brasilien/Rio de Janeiro, Fortaleza
 Chile/Santiago de Chile
 Costa Rica/San José
 Ecuador/Quito
 Guatemala/Guatemala City
 Kolumbien/Bogotá
 Mexiko/Mexiko City
 Nicaragua/Managua
 Peru/Lima
 Uruguay/Montevideo
 Venezuela/Caracas

Medienprogramm Lateinamerika/Buenos Aires
 Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika/Mexiko City
 Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika/Montevideo
 Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik
 Lateinamerika/Rio de Janeiro

NORDAMERIKA

USA/Washington D. C.

ASIEN

Afghanistan/Kabul
 China/Peking und Shanghai
 Indien/Neu Delhi
 Indonesien/Jakarta
 Kambodscha/Phnom Penh
 Korea/Seoul
 Malaysia/Kuala Lumpur
 Mongolei/Ulan Bator
 Philippinen/Manila
 Thailand/Bangkok
 Vietnam/Hanoi

Regionalprogramme Asien/Singapur
 Regionalprogramm Demokratieförderung
 Zentralasien/Taschkent
 Regionalprogramm Politischer Dialog
 Südkaukasus/Tbilissi

EUROPA

Bosnien und Herzegowina/Sarajevo
 Bulgarien/Sofia
 Estland/Tallinn
 Frankreich/Paris
 Großbritannien/London
 Kroatien/Zagreb
 Lettland/Riga
 Litauen/Vilnius
 Mazedonien/Skopje
 Polen/Warschau
 Rumänien/Bukarest
 Russland/Moskau und St. Petersburg
 Slowakei/Bratislava
 Spanien/Madrid
 Tschechien/Prag
 Ukraine/Kiew
 Ungarn/Budapest

Medienprogramm Südosteuropa/Sofia
 Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa/Bukarest
 Europabüro/Brüssel

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Redaktion

Dr. Karsten Grabow, Christian E. Rieck
HA Internationale Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Namentlich nicht gekennzeichnete Texte von

Wolfgang Ahner-Tönnis | Kenia,
Dr. Werner Böhler | Republik Südafrika,
Dr. Dr. Anton Bösl | Windhoek Dialogue,
Tomislav Delinic/Dr. Stefan Gehrold | Slowakische Republik,
Dr. Colin Dürkop | ICAPP,
Dr. Christina Catherine Krause | Bosnien und Herzegowina,
Nico Lange | Ukraine,
Wolfgang Meyer | Kambodscha,
Klaus Preschle | Philippinen,
Frank Priess | Mexiko,
Markus Rosenberger | Peru,
Dr. Thomas Schrapel | Mongolei,
Dr. Helmut Wittelsbürger | Chile.

Übersetzungen

WB Communication

Gestaltung und Realisierung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
workstation gmbh | produktionsservice
für analoge und digitale medien, Bonn

Fotos

Konrad-Adenauer-Stiftung, corbis (Seite 8),
picture alliance (Seite 13)



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de